

SEDUTA DEL CONSIGLIO REGIONALE N. 73 DEL 8 FEBBRAIO 2002
SITZUNG DES REGIONALRATES NR. 73 VOM 8. FEBRUAR 2002

Ore 15.17

Vorsitz: Präsident Pahl
Presidenza del Presidente Pahl

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich bitte um den Namensaufruf.

MINNITI: *(Sekretär): (ruft die Namen auf)*
(segretario): (fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich für heute die Abg. Dalmaso, Lamprecht, Thaler, Di Puppo und Dellai.
Ich bitte um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

CHIODI: *(Segretario): (legge il processo verbale)*
Sekretär): (verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Danke für die Verlesung.
Sind Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt es als genehmigt.
Mitteilungen:

Es sind folgende Anfragen mit dem Ersuchen um schriftliche Beantwortung eingereicht worden:

Nr. 214, eingebracht am 23.01.2002 von der Regionalratsabgeordneten Cristina KURY betreffend eine Zeitungsmeldung vom 22. Jänner 2002, wonach Ende der letzten Legislaturperiode (1998) Gelder der SVP-Ratsfraktion auf das Privatkonto der einzelnen SVP-Abgeordneten geflossen sein sollen;

Nr. 215, eingebracht am 25.01.2002 vom Regionalratsabgeordneten Pius LEITNER betreffend die Hausfrauenrente;

Nr. 216, eingebracht am 30.01.2002 von den Regionalratsabgeordneten Nerio GIOVANAZZI, Guglielmo VALDUGA und Pino MORANDINI betreffend den Gebrauch der drei dem Präsidenten der Region vorbehaltenen Abstellplätze für PKW auf dem Parkplatz hinter dem Regionalgebäude.

Es sind die Anfragen Nr. 204 und 207 beantwortet worden. Der Text der Anfragen sowie die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden ergänzenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Nr. 1 **Vereinheitlichte Debatte und Kenntnisnahme mit Abstimmung über die Abschlussberichte, die die mit Dekret des Präsidenten des Regionalrats**

Nr. 430 und Nr. 431/2001 eingesetzten Untersuchungskommissionen verfasst haben.

Ich muss einiges vorausschicken: Wir haben vorhin eine Stunde lang über die Tagesordnung beraten. Ich habe Folgendes mitzuteilen: Der Bericht der Kommission „Budapest“ ist fristgerecht am 31. Jänner eingetroffen. Wir haben Ihnen heute den Bericht in deutscher und italienischer Sprache verteilt. Die Kommission „Budapest“ hat heute eine allgemeine Darstellung bei der Pressekonferenz gegeben, sie hat aber nicht zum Inhalt des Berichtes als solchen gesprochen. Der Bericht liegt Ihnen vor. Ich lege immer Wert darauf, dass die Abgeordneten zuerst den Bericht in den Händen halten und nicht die Presse, also ganz unabhängig von der Stellungnahme der Kommission heute. Sie hat das auch durchaus respektiert. Damit ist die Öffentlichkeit grundsätzlich wenigstens informiert, dass diese Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen hat und dass sie heute diskutiert werden sollten.

Die Kommission „Moskau“ hat mir schon vor längerer Zeit mitgeteilt, dass sie aus verschiedenen Gründen, die Präsident Taverna darlegen wird, nicht in der Lage war, den Kommissionsbericht innerhalb 31. Jänner vorzulegen. Ich persönlich habe eine Verlängerung abgelehnt und zwar deshalb – aus einem formalen Grund vor allem -, weil es der Regionalrat selbst war, der den Termin vom 31. Jänner festgesetzt hat und aus diesem Grund fühle ich mich als Präsident nicht autorisiert, eine Verlängerung zu gewähren, wenn es der Regionalrat war, der den Termin festgesetzt hat. Präsident Taverna hat mich mündlich in Anwesenheit der Kommission, mit der ich letzte Woche gesprochen habe, und auch schriftlich aufmerksam gemacht, dass er um eine Verlängerung ansucht. Wie lange diese Verlängerung dauern soll, ist nicht vereinbart worden. In einem Schreiben, das Sie heute in den Unterlagen übermittelt bekommen haben, steht drinnen, dass Dr. Taverna dem Regionalrat vorschlägt, dass der Präsident des Regionalrates autorisiert werden soll (aber nur mit Ihrer Zustimmung) eine Verlängerung für die Kommission Moskau in Absprache mit dem Präsidenten der Kommission bzw. mit der Kommission selbst zu geben. Persönlich empfehle ich diese Vorgangsweise, aber Sie entscheiden selbst. Wenn der Regionalrat mir diese Aufgabe zuweisen wollte, einen neuen Termin für die Kommission Moskau zu vereinbaren, dann bin ich persönlich der Meinung, dass dieser Termin nicht über den 19. Februar hinausgehen sollte. Das sage ich nur im Voraus. Nachdem der zweite Bericht aber nicht vorliegt, ergibt sich daraus – und das habe ich auch den Fraktionssprechern gesagt -, dass die gemeinsame Diskussion heute nicht stattfinden kann, sondern dass es dann logischerweise einen getrennten Bericht über die Kommissionen geben wird. Die gemeinsame Diskussion hatte zum Ziel, alles in einmal zu behandeln, wobei jeder Abgeordnete zu beiden Berichten 10 Minuten Stellung nehmen hätte können. Nachdem aber die Kommission nicht in der Lage war, den Bericht vorzulegen, ersucht sie um Verlängerung. Das stört mich weiters nicht. Aus dem Grund habe ich den Fraktionssprechern vorgeschlagen – und sie haben mehrheitlich diese Auffassung geteilt – dass der Bericht von Dr. Lo Sciuto diskutiert werden soll, nachdem er selbst zunächst den Bericht vorträgt. Es liegt an Dr. Lo Sciuto, ob er den ganzen Bericht verlesen will oder ob er nur in mündlicher Form eine Darstellung geben will. Das liegt völlig bei Ihnen. Normalerweise liest man den

Bericht vor. Daraufhin findet die Diskussion statt und die Abstimmung über den Bericht von Dr. Lo Sciuto, wobei Folgendes zu beachten ist: Die Kommission hat den Bericht ausgearbeitet. Aus diesem Grund kann man den Bericht nur annehmen oder ablehnen. Wenn ich den Bericht mehrheitlich annehme, dann bedeutet das, dass das, was im Bericht enthalten ist, vom Regionalrat mehrheitlich oder einstimmig geteilt wird. Lehnt der Regionalrat den Bericht ab, dann ist die Arbeit der Kommission erledigt und die Schlussfolgerungen der Kommission werden logischerweise nicht geteilt. Dann ist die Angelegenheit formal für uns abgeschlossen. Nach dem Bericht des Präsidenten, folgt die Diskussion, wobei jeder 10 Minuten Stellung nehmen kann und abschließend die Abstimmung, die offen oder geheim stattfinden kann. Dann wird Dr. Taverna als Präsident der Kommission Moskau eine Stellungnahme abgeben und seinen Brief an mich entsprechend wird er vorschlagen, den Präsidenten des Regionalrates zu ersuchen, dass eine Verlängerung vereinbart wird. Ob der Regionalrat hier zustimmt oder nicht, ist Sache des Regionalrates. Ich habe die Verlängerung nicht gegeben, weil es der Regionalrat war, der den Termin gesetzt hat und darum bin ich nicht dazu autorisiert. Danach kommen die restlichen Punkte.

Wenn jetzt jemand den Einwand erheben sollte – ich nehme den Einwand gleich vorweg – dass Punkt 1 eine gemeinsame Diskussion beider Berichte vorsieht und wenn wir heute de facto nur einen Bericht behandeln, so wäre das eine Änderung der Tagesordnung, so verweise ich darauf, dass der zweite Bericht nicht vorliegt und aus diesem Grunde kann die gemeinsame Diskussion nicht stattfinden. Aber ich halte es für politisch opportun und in der Sache keinen Widerspruch, wenn wir heute den Bericht von Dr. Lo Sciuto entgegennehmen, diskutieren und abstimmen, weil dieser vorliegt und es gibt keinen Grund weiterhin den Bericht, der fristgerecht eingereicht worden ist, nicht heute mit der Diskussion abzuschließen.

Sind Wortmeldungen zum Verfahren, sonst gehen wir gleich in diesem Sinne zur Diskussion über? Abg. Seppi hat das Wort.

SEPPI: Grazie Presidente. Francamente ritengo che un ordine del giorno di questo tipo sia di una discutibilità non solo istituzionale, ma sicuramente giuridica. Addirittura avevamo previsto l'elezione del Presidente della Giunta regionale prima della presa d'atto delle dimissioni degli assessori della Giunta regionale, cioè si vorrebbe nominare un Presidente della Regione ancora prima che siano accettate le dimissioni della Giunta attualmente dimissionaria, ma comunque in carica. Ritengo davvero che bisogna pensare un attimino con maggiore logica.

Al di là di questo voglio proprio soffermarmi sul punto n. 1, nel quale il regolamento è chiaro. Nel momento in cui al punto n. 1 c'è scritto: "Discussione congiunta e presa d'atto con votazione delle relazioni delle Commissioni d'inchiesta, istituite con decreti del Presidente del Consiglio regionale n. 430 e n. 431/2001", al di là di quello che lei ritiene politicamente costruttivo o meno, significa che questo è l'ordine del giorno e se questo è l'ordine del giorno significa che se la relazione della commissione "Mosca" non è stata preparata, perché giustamente i membri di quella commissione ritengono di avere bisogno fino al 19 febbraio per raggiungere quindi uno schema che

possa essere soddisfacente, chiedo ufficialmente la sospensione del punto n. 1 dell'ordine del giorno, perché il punto che lei vorrebbe trattare non è assolutamente quello previsto all'ordine del giorno.

Qui non si può anticipare una delle due relazioni, perché l'ordine del giorno è chiaro: "Discussione congiunta e presa d'atto con votazione delle relazioni delle Commissioni d'inchiesta". Quindi essendo in possesso di una sola relazione, non si possono discutere le due relazioni e di conseguenza il punto all'ordine del giorno non è più quello previsto.

Il regolamento è chiaro, se un capogruppo non chiede, con 24 ore di anticipo, un cambiamento sull'ordine dei lavori – e non lo ha chiesto nessuno – l'ordine dei lavori non si può cambiare.

Chiedo ufficialmente al Segretario generale come si possa procedere, per ufficializzare istituzionalmente la posizione assunta dal Presidente del consesso. Non è possibile comunque procedere in questo modo.

Un'altra cosa sulla quale volevo prendere posizione è questa: condivido pienamente la sua serietà, nel momento in cui lei consegna a noi per primi la relazione sulla questione relativa a "Budapest", ma che significato ha che la consegna a noi prima che alla stampa e quindi si comporti istituzionalmente in maniera encomiabile, nel momento in cui la stessa commissione, questa mattina, è stata autorizzata a fare una conferenza stampa, per la quale già tre ore prima che ricevessi questa relazione ne era già in possesso ogni organo di stampa.

Allora francamente dico che bisogna avere un po' di coerenza, se c'è un certo tipo di atteggiamento corretto da parte sua, questo tipo di atteggiamento deve essere portato avanti e discusso all'interno delle istituzioni, perché altrimenti non serve a nulla manifestare questa correttezza se poi le cose vanno in questo modo.

Ritorno al punto n. 1 dell'ordine del giorno così com'è, Presidente, e non si può discutere. Ufficialmente pongo la questione e ritengo che se si volesse procedere in questo modo, non avendo le risposte precise del Segretario generale, farò formale richiesta, affinché le cose seguano l'iter anche giuridico che devono seguire. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Pöder hat nun das Wort.

PÖDER: Herr Präsident! Ich spreche als Fraktionssprecher und natürlich nicht für die Moskau-Kommission, weil das natürlich der Präsident der Kommission tun wird. Ich gebe aber eine Wertung der Vorfälle ab. Ich halte es für inakzeptabel, das muss ich ganz offen gestehen, dass eine Untersuchungskommission, eine Pressekonferenz abhält, bevor der Regionalrat tagt und den Bericht erhalten hat, und diesen Bericht der Öffentlichkeit vorstellt. Er wurde vorgestellt, er wurde in Teilen verlesen und er wurde erläutert. Das kann man nicht wegleugnen und ich halte das für ein unkorrektes Verhalten. Tut mir Leid, aber das muss ich in dieser Form feststellen. Es ist der Regionalrat, der zuerst zu informieren ist, nach dem Präsidenten natürlich, der den Bericht zu erhalten hat, dann der Regionalrat und dann wird man gegebenenfalls die Öffentlichkeit in geeigneter Form

informieren können bzw. die Öffentlichkeit hat ja Zugang zu den Regionalratssitzungen, also ist sie anwesend.

Als nächsten Punkt halte ich es nicht für opportun, dass wir heute diesen vorgelegten Bericht diskutieren. Es sollte eine gemeinsame Diskussion sein. Ich muss Ihnen auch ganz offen gestehen, dass ich hier den Versuch – und zwar nicht seitens der Budapest-Kommission, sondern von wem auch immer – ersehe, die Arbeiten der Moskau-Kommission zu stören, zu schädigen, zu beschädigen, weil die Moskau-Kommission natürlich noch nicht fertig ist, aber nicht aufgrund einer Verzögerungstaktik - aber das wird dann der Präsident entsprechend ausführen -, sondern weil verschiedene Dinge viel eingehender noch zu prüfen sind, weil der Sumpf nun einmal tiefer ist als er ursprünglich angenommen wurde.

Ich ersuche Sie auch dahingehend hier zu intervenieren, die Maßnahmen entsprechend zu treffen oder den Regionalrat auch zu fragen, dass wir nicht einen einzelnen Bericht diskutieren, sondern beide Berichte, denn sie überschneiden sich natürlich in Teilen. Ursächlich sind das zwei verschiedene Gegebenheiten, aber der Untersuchungsgegenstand, also die Beitragsvergabe, die Verwaltung der einzelnen Bereiche, die Verwaltung der Region insgesamt, die Handhabung des entsprechenden Gesetzes für europäische Integrationen und Initiativen, das sind natürlich Bereiche, die sich überschneiden. Ich muss Ihnen ganz offen gestehen, dass ich mich hier persönlich in einer schwierigen Lage befinde, so wie alle Mitglieder der Moskau-Kommission. Und zwar werde ich natürlich als Abgeordneter, wenn wir heute den Budapest-Bericht besprechen, dazu Stellung nehmen müssen, nicht nur wollen. Aber dann kann ich nicht umhin, das zu sagen, was wir in der Moskau-Kommission bisher an Arbeiten herausgefunden haben, oder was wir an Arbeiten getan und auch an Fakten herausgefunden haben. Das geht nicht in einer Diskussion zum Budapest-Bericht hier, diese Fakten hintanzustellen. Das würde mich persönlich in der Debatte - auch in der Offenheit der Diskussion - behindern. Das muss ich Ihnen ganz offen gestehen. Also da befinde ich mich schon in einer Konfliktsituation. Und um diese zu verhindern – nicht nur meine, sondern auch die der anderen, die in der entsprechenden Kommission zum Gegenstand Zaffi-Grandi-Moskau vertreten sind -, sollten die beiden Berichte wenschon gemeinsam debattiert werden.

PRÄSIDENT: Danke! Ich verweise darauf, dass Sie drei Minuten Redezeit haben.

Abg. Morandini hat nun das Wort.

MORANDINI: Grazie, signor Presidente. Faccio appello a lei, Presidente Pahl, come garante dei lavori e della legittimità di questa seduta, allora le sottopongo due questioni. La prima, non è assolutamente congruo e la invito quindi a correggere questo ordine del giorno, mettere il punto relativo all'elezione del Presidente della Giunta regionale prima della presa d'atto delle dimissioni.

Si è continuamente discusso, la scorsa volta, in quest'aula ed erano proprio i cons. Pinter, Passerini e Leveghi a dimostrare, secondo me in maniera infondata, ma comunque la maggioranza del Consiglio ha deciso in modo difforme, a dimostrare che le dimissioni della Presidente della Giunta

regionale avrebbero trascinato con sé l'intera Giunta. Questo è passato anche se è infondato, nell'esperienza dei fatti, lo sanno i colleghi vecchi di legislatura che si sono dimessi i Presidenti delle Giunte regionali, senza con ciò trascinare con le loro dimissioni il resto delle Giunte stesse – faccio i nomi di Kessler, Angeli, eccetera – questo è avvenuto in piena legittimità e fra l'altro a norma di statuto.

Presidente Pahl, che so normalmente attento alla legittimità dei lavori dell'aula, è assolutamente fuori luogo che questa assemblea, secondo l'ordine del giorno che lei ci ha distribuito, debba procedere all'elezione del Presidente della Giunta regionale prima di prendere atto delle dimissioni dei membri della Giunta stessa.

Vengo al primo punto, che è il più urgente ed è il tema decidendum di oggi. Lei sa Presidente Pahl, lo sa l'intera aula, che i lavori preparatori che hanno portato alla formazione delle due commissioni d'inchiesta, hanno reso necessario – lei lo ha fatto scrivere bene nel punto primo – la necessità di una discussione congiunta delle due problematiche, per una serie di ragioni che non è qui il caso di evidenziare, perché il tempo non me lo consente. Lei giustamente ha messo relazione congiunta, allora il fatto di avere messo questo, anche per rispetto a come si sono formate le commissioni, la induce, di fronte alla non ancora approntata relazione da parte della commissione che deve investigare sui lavori "Mosca", a sospendere questo punto ed a trattare congiuntamente le relazioni delle due commissioni, che fra l'altro saranno entrambe pronte al massimo entro il giorno 19, fra l'altro il Consiglio è convocato proprio in quei giorni, il 19, 20 e 21.

Oltre che essere in pieno rispetto dei lavori preparatori che hanno portato alla formazione delle due commissioni e quindi della ratio delle commissioni stesse, è anche nell'ottica dell'economia dei lavori, di cui questo Consiglio regionale ha particolare bisogno.

Quindi la invito a ripensare a questo ed andare secondo il punto all'ordine del giorno e giustamente, come mi ricorda il collega Valduga, ai consiglieri è stata distribuita in questo momento la relazione della commissione sulla vicenda Budapest, quindi c'è bisogno di avere qualche momento di tempo per approfondirla e poi – ripeto – è doveroso e rispettoso verso il modus con cui si sono formate le commissioni, le ragioni sostanziali e formali, anche per l'economia dei lavori, che queste relazioni siano affrontate, discusse e votate insieme.

PRÄSIDENT: La parola al cons. Pinter. Ne ha facoltà.

PINTER: Premesso che condivido alcune delle affermazioni testè fatte, ribadisco:

- primo, che personalmente non ho gradito che la relazione fosse resa pubblica prima di essere consegnata ai consiglieri;
- secondo, dato che la relazione è comunque pubblica cessa l'esigenza di discuterne immediatamente, perché avrebbe senso discuterne in Consiglio prima che fosse resa pubblica, ma visto che è resa pubblica possiamo anche aspettare tutto il tempo che vogliamo per discuterla;

- terzo, che trovo assolutamente ragionevole la richiesta di poter conoscere nel merito la relazione e poter eventualmente approfondire gli aspetti contenuti nella relazione stessa, prima di dover esprimere un’approvazione o un rifiuto del contenuto della relazione;
- quarto, che ritengo assolutamente fondata la richiesta di proroga dei tempi per la seconda commissione d’indagine;
- quinto, che la discussione non può che essere congiunta di una e della seconda commissione di indagine.

Quindi concludo sostanzialmente, aggiungendo come corollario non indifferente, che considero l’ordine del giorno sbagliato per i motivi già espressi, l’accettazione o la non accettazione delle dimissioni della Giunta doveva comunque precedere il punto dell’elezione del Presidente, comunque essere il primo punto della seduta odierna.

A maggior ragione considero che questa situazione non possa che portare ad un’unica conclusione, Presidente, visto che lei ha detto che non si può modificare l’ordine del giorno della seduta attuale e visto che non siamo in grado oggi di discutere le relazioni delle commissioni d’indagine, che non conosciamo le relazioni in tempo sufficientemente adeguato per poterle valutare prima della discussione, in ogni caso ne conosciamo soltanto una, che l’ordine del giorno va ridiscusso come formulazione, quindi propongo di sospendere qui la seduta, perché è l’unica cosa ragionevole che possiamo fare.

PRÄSIDENT: Abg. Boso hat als Nächster das Wort.

BOSO: Grazie Presidente. Vorrei che lei mi desse un attimo di attenzione in quanto, a mio avviso, i suoi uffici hanno cercato di parare le ali alla castronata che è stata fatta sulle dimissioni della Presidente Cogo. Cosa vuol dire questo? Che se oggi mettete al voto le dimissioni della Giunta, che è entrata in crisi con le dimissioni della Presidente Cogo, dovrete rimettere la cons. Cogo per la gestione ordinaria dell’amministrazione della Regione; perciò cercate di pararvi queste situazioni mantenendo altre situazioni gravi. Abbiamo il Vicepresidente che presiede la Regione che non è in corso di indagine, il cons. Atz è sotto processo per i soldi della Regione e ne diventa il Presidente!

Ho fatto un esposto alla Procura generale della Repubblica. Il cons. Atz ha diritto di difendersi, però non ha diritto di gestire, secondo le dichiarazioni anche di un giornalista che egli ha fatto il mariolo nella richiesta dei soldi per l’incidente del suo mezzo, se lui aveva diritto per legge, perché ha mentito sulla richiesta del risarcimento del danno alla propria macchina? Vuol dire che c’è la malafede. E se c’è la malafede Presidente...

(interruzione)

BOSO: Come non fa parte del discorso?

(interruzione)

BOSO: Qua trattiamo le dimissioni di una Giunta che deve regolarizzare queste cose...

PRÄSIDENT: Deve parlare sull'ordine del giorno e niente altro.

BOSO: Sull'ordine del giorno è che voi dovete parare quello che avete sbagliato a monte, dovete parare che avete una maggioranza di 48 consiglieri, che non volete far funzionare la Regione e che se la sinistra ha chiesto elezioni anticipate, anche se non hanno ragione, però la giustizia direbbe che questa Regione deve avere il commissario. Perché se in 48 di maggioranza non riuscite e trovate questa storia, cercate di parare la situazione Atz e Grandi, coinvolgendo le due commissioni, caro Presidente...

(interruzione)

BOSO: Metta in votazione le dimissioni della Giunta, perché quella delle commissioni è una storia a parte...

PRÄSIDENT: ... Ich erkläre nur, weil hier etwas in Zweifel gezogen worden ist: Abg. Atz ist als Vizepräsident voll im Amt und übt die Funktionen des Präsidenten mit allen Rechten aus.

Abg. Denicolò hat das Wort.

DENICOLO': Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Manchmal schafft die Wirklichkeit die Fakten und die Wirklichkeit ist, dass eine Untersuchungskommission – so wie der Regionalrat beschlossen – für den 31. Jänner ihre Arbeiten abgeschlossen und vorgelegt hat. In der Annahme, dass dasselbe auch der anderen Kommission gelingen würde, ist man davon ausgegangen, dass es dann auch sinnvoll ist, über diese beiden Berichte heute hier und jetzt zu diskutieren. Inzwischen ist in der Annahme dieser Möglichkeit, der Bericht an die Öffentlichkeit hinausgegangen. Der Präsident hat eine Pressenkonferenz einberufen und hat Ergebnisse mitgeteilt. Das Faktum ist dieses hier.

Und nur aus diesem Grund bin ich der Meinung und meine Gruppe auch, dass der Bericht von Dr. Lo Sciuto jetzt anzuhören ist, dass er gewertet und dann zur Kenntnis genommen werden muss, auch im Sinne dessen, was die Kollegen hier bereits besagt haben, dass die Sachlage Budapest mit der Sachlage Moskau im Konkreten zunächst nichts aber schon gar nichts miteinander zu tun hat....

(Unterbrechung)

DENICOLO': ...Wer hat hier das Wort, Herr Präsident? Also ich habe schon die Höflichkeit dem Herrn Pöder zuzuhören, auch wenn ich manchmal nicht sofort seiner Meinung bin...

(Unterbrechung)

DENICOLO': ...wenngleich herausgekommen ist, dass beides auf einer gemeinsamer Gesetzeslage und auf der Verwaltung dieser Gesetzeslage

beruht. Aber die Ereignisse haben unmittelbar miteinander nichts zu tun. Das zum einen.

Zum zweiten: es ist auch so, dass ich den 31. Jänner für die Moskau-Kommission festhalten möchte. Deshalb sage ich auch, wenn die Diskussion Lo Sciuto – Bericht Budapest jetzt durch Abstimmung nicht zugelassen werden sollte, dann sprechen wir uns auch vehement gegen eine Verlängerung des entsprechenden Termins aus. Denn das eine hat mit dem anderen nichts zu tun oder vielleicht doch?

PRÄSIDENT: Frau Abg. Kury hat das Wort.

KURY: Danke, Herr Präsident! Ich stelle fest, dass wir für die heutige Sitzung eine Einladung bekommen haben, auf dem der erste Tagesordnungspunkt heißt: Diskussion der Berichte. Nun scheint es mir selbstverständlich, dass jene Berichte, die vorliegen, und das ist nur einer, diskutiert werden. Ich glaube, da sollte überhaupt keine Diskussion darüber stattfinden.

Ich möchte auch noch einmal zu den Vorwürfen Stellung nehmen, die Herr Pöder hier in den Raum gestellt hat, dass die Budapest-Kommission die Arbeiten der Moskau-Kommission behindern möchte. Ich würde ihn ersuchen, das nicht so zu interpretieren, wobei ich selbst – das gebe ich gerne zu – auf diese Pressekonferenz heute gedrängt habe. Welche Aufgabe ist uns vom Regionalrat übertragen worden? Es ist uns die Aufgabe übertragen worden, über die Ereignisse in Budapest eine Untersuchung anzustellen, mit der klaren Verpflichtung, innerhalb 31. Jänner einen Bericht abzugeben. Unsere Kommission hat sich an die Arbeit gemacht, intensiv gearbeitet, seriös gearbeitet und termingerecht diesen Bericht am 31. Jänner an den Regionalratspräsidenten Herrn Pahl abgeliefert. Selbstverständlich ging unsere Kommission davon aus, dass nach Ablieferung dieses Berichtes der Regionalratspräsident Pahl den Kollegen und Kolleginnen des Regionalrats diesen Bericht aushändigen würde. Das ist offensichtlich nicht geschehen. Was ist aber leider Gottes passiert? Dass in der Zwischenzeit zwischen 31. Jänner und 7. Februar immer wieder vereinzelt und tendenziös Informationen in die Öffentlichkeit gedrungen sind und diese sind in der Presse nachzulesen. Daraus haben wir geschlossen, dass es unsere Pflicht ist, die Öffentlichkeit eben an demselben Tag, wo die Regionalratsabgeordneten zumindest den letzten Termin hatten, informiert zu werden - und sie sind ja leider Gottes erst die letzte Minute hier informiert worden –, auch die Öffentlichkeit über unseren Kenntnisstand in Kenntnis zu setzen und zwar so objektiv wie möglich und das haben wir heute in der Früh in der Pressekonferenz kundgetan. Es ist uns von niemandem mitgeteilt worden, weder vom Präsidenten Pahl noch vom Kommissionspräsidenten Taverna, dass die zweite Kommission um Verlängerung ansucht und dass sie uns ersucht, unseren Kenntnisstand nicht kundzutun. Insofern - denke ich - haben wir mehr als korrekt und im Sinne der Transparenz gehandelt. Ich ersuche auch den Präsidenten, heute diesen Bericht hier zu diskutieren, auf dass nicht in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, man möchte hier irgend etwas aufgrund von politischer Opportunität verzögern.

PRÄSIDENT: Danke! Cons. Divina, il Suo collega ha già parlato per il Suo partito. In base al Regolamento non possono parlare due.

DIVINA: Dove sta scritto? Se io parlo di tutt'altra questione Presidente?

PRÄSIDENT: Solamente un rappresentante per gruppo quando si tratta dell'ordine del giorno, secondo il regolamento.

DIVINA: Non mi risulta, anche perché potrei obiettare tutt'altre cose sulla procedura!

PRÄSIDENT: Non è possibile secondo il regolamento, non è una discussione normale, mi dispiace.

DIVINA: Allora chiedo la stessa applicazione di quando è stato concesso per due volte a componenti del centro-sinistra, sullo stesso argomento, dello stesso partito, se di là strappi si sono fatti, vista la delicatezza!

Le rubo un minuto per fatto personale, Presidente, lo posso rubare? Perfetto.

Mi rivolgo soprattutto ai colleghi dell'opposizione, non so quanti di voi hanno tempo da perdere, io non ho tempo da perdere, questa è una manfrina sul fatto di discutere o non discutere congiuntamente. Il nocciolo del problema è che questo straccio di maggioranza non ha un Presidente ancora predisposto e quindi non possiamo accingerci ad eleggerlo e, se non c'è un Presidente concordato per essere eletto, non possiamo nemmeno accettare le dimissioni di quello che resta dell'ex Giunta regionale. Pertanto è tutta una manfrina, oggi non si può fare nulla!

Presidente chiuda la seduta, io non ho tempo da perdere e spero anche i colleghi, se discutere o meno congiuntamente la relazione. Non c'è discussione sul Presidente della Giunta e non ci sarà possibilità di accettare le dimissioni della Giunta regionale, in quanto o saranno ritirate o la maggioranza è già d'accordo nel respingerle.

Non è possibile stare qua a far perdere tempo a 70 consiglieri, Presidente!

PRÄSIDENT: Abg. Leitner hat das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich möchte schon darauf hinweisen, dass wir institutionelle Aufgaben von politischen Aufgaben einfach trennen müssen. Wir haben vorher im Fraktionssprecherkollegium weit und breit darüber diskutiert und die Öffentlichkeit hat ja mitvollzogen, was passiert ist. Wir hatten einen Misstrauensantrag gegen die Präsidentin Cogo, dem sie mit ihrem Rücktritt zugekommen ist. Wir haben den Rücktritt des gesamten Ausschusses, den wir zur Kenntnis nehmen sollen. Aber bevor diese Dinge nicht gemacht sind, kann ich mir schlecht vorstellen, dass die anderen wirklich inhaltlich sachlich diskutiert werden. Denn wir sehen, die einen haben Interesse und die anderen haben keines. Aber die politische Verantwortung fehlt hier ja. Es gibt keinen Präsidenten, es gibt keine designierte Präsidentin oder

Präsidenten. Jetzt so zu tun, als ob wir mit der Verwaltung gleich weitermachen.... ja, was soll sich bitte der Bürger draußen denken: Ob hier ein Präsident ist oder ob keiner ist, es geht ja trotzdem alles gleich weiter... Man kann ja sagen, wir wählen überhaupt keinen Präsidenten mehr und lassen die noch verbliebene Regionalregierung bis zu den Neuwahlen weiterarbeiten. Das ist vorab zu klären, abgesehen jetzt von den Inhalten der Berichte der einzelnen Kommissionen. Aber bitte verknüpfen wir das eine nicht mit dem anderen. Ich möchte auch die Forderung aller Kolleginnen und Kollegen unterstreichen, dass wir bei der nächsten Sitzung die Reihenfolge der Tagesordnung umdrehen, denn wir müssen zuerst einmal den Rücktritt des Ausschusses zur Kenntnis nehmen, dann wählen wir den Präsidenten oder die Präsidentin, dann den Ausschuss usw. Alles andere ist Zeitvergeudung.

PRÄSIDENT: Abg. Valduga hat das Wort.

VALDUGA: Presidente, non spendo parole rispetto allo squallore che questa supposta maggioranza presenta, non voglio dilungarmi sul fatto che qui non hanno ancora trovato l'accordo su un Presidente, su una maggioranza che abbia una qualche capacità di tenuta, su programmi da poter presentare all'assemblea, nel momento in cui sarà insediato il nuovo Presidente e la nuova Giunta.

Prendo atto che sono trascorsi mesi di squallida commedia e gli attori sono rimasti dei guitti, incapaci di servire la comunità e le istituzioni. Siccome quello attiene all'aspetto politico e la gente giudicherà la consistenza di quei partiti che stanno organizzando e portando avanti la farsa, mi rivolgo a lei, perché lei è in carica ed è Presidente comunque di un consesso che c'è, eletto dalla gente, allora le dico due cose, la prima, lei ha un ordine del giorno formulato in una certa maniera ed a termini di regolamento non lo può modificare; la seconda, ancora più grave per quello che mi riguarda, lei deve difendere la funzione del singolo consigliere regionale e metterlo nella condizione di fare il consigliere regionale.

Allora ho già detto al suo segretario che il sottoscritto, ma come me tutti 70 i consiglieri, siamo stati forniti della relazione della commissione che indaga sulla commedia di Budapest, alle ore 15.00 del giorno 8 febbraio 2002. Non è pensabile che lei ci impegni a discutere di quella relazione dopo un'ora, visto e considerato che non ci sono i tempi utili per svolgere in maniera adeguata le funzioni di consigliere. Se lei insiste su questa strada e trova l'accordo della maggioranza, sappia che il sottoscritto aprirà una vertenza forte in tutte le sedi legali e istituzionali che possano difendere questo diritto e ripristinare un minimo di dignità al Consiglio regionale, che non può essere trattato come se fossimo in piazza a discutere della svendita di qualche scampolo o prendere l'occasione, perché qualcuno ha finito un po' di lavoro, rispetto alle porcherie che hanno fatto in giro e qualche altro ha ancora un po' di tempo da perdere per accertare quali altre porcherie, in altra sede, sono state fatte.

La invito Presidente a volerci rispettare come consiglieri e se poi lei vuole avere la dignità anche del Consiglio regionale e sua personale ci mandi a casa ed inviti i partiti a smetterla di fare le farse e trovino un accordo, cerchino

di portare qui una maggioranza, possibilmente con qualche programma e forse incominceremo a lavorare, nel rispetto delle istituzioni prima, dei trentini e degli altoatesini poi, ma soprattutto anche di noi stessi, perché io sono stufo di questa commedia.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist Abg. Molinari. Er hat das Wort.

MOLINARI: Grazie signor Presidente. Due sole considerazioni, la prima in supporto alle considerazioni già fornite all'aula dai colleghi Denicolò e Kury, circa il lavoro della commissione "Budapest". Mi sembra di dover dare atto al Presidente Lo Sciuto di una interpretazione della successione degli atti di competenza della commissione, nel senso che il termine ultimo per la consegna della relazione era il giorno 31 gennaio, oggi era convocato il Consiglio regionale, ci ponemmo il problema della pubblicizzazione degli atti e ritenemmo, fin dall'ultima riunione della commissione, assolutamente congruo convocare la stampa pochi minuti prima dell'inizio di questa riunione, nel corso della quale era all'ordine del giorno la discussione su una relazione, che dal giorno 31 è a disposizione della Presidenza del Consiglio. L'ipotesi del Presidente Lo Sciuto era addirittura quella di convocare la stampa per le ore 14.00, poi è stato anticipato alle ore 12.00 a causa della sovrapposizione con la conferenza dei capigruppo.

Da questo punto di vista ci tengo a precisare che non era assolutamente nelle intenzioni della commissione scippare la cognizione della documentazione, dalla commissione stessa prodotta, per darla in pasto alla stampa. Tanto più, come è stato ricordato dalla collega Kury, anche a difesa della correttezza dell'attività dei membri della commissione era necessario dare un punto fermo, rispetto alle interpretazioni che nel corso degli ultimi quindici giorni sono comunque apparse sulla stampa circa il nostro lavoro.

Un'osservazione comunque è che il documento che è stato consegnato ai colleghi consiglieri non era stato consegnato alle ore 12.00 ai giornalisti, essendosi, durante l'incontro, il Presidente Lo Sciuto limitato ad esporre i contenuti della relazione medesima.

Detto questo, signor Presidente, rispetto invece all'ordine del giorno, sottopongo alla sua attenzione un problema di natura formale, indipendentemente dalle decisioni che l'aula vorrà prendere circa la discussione sulla richiesta dell'altra commissione di ottenere una proroga, credo che una eventuale sospensione dei lavori, per dare anche una correttezza formale al tutto, dovrebbe essere chiesta dopo aver aperto uno o l'altro dei due punti relativi alle problematiche istituzionali e non prima. Grazie.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Valduga. Bitte, Abg. Valduga.

VALDUGA: Sull'ordine dei lavori, Presidente. Non mi convince la sua affermazione, secondo la quale ci ha dato il testo solo oggi e che questo è sufficiente per poter lavorare. Questa è una prevaricazione nei confronti del Consiglio regionale, se lei vuole rispettarci, deve dire l'ho data alle 13.00, non si legge nemmeno adesso, il punto viene cassato ed eventualmente se non vi è l'accordo – come pare non ci sia – per avere una maggioranza e quindi

accettare le dimissioni della Giunta, si vada a casa che facciamo più bella figura tutti insieme e lei per primo.

C'è una proposta di sospensione del Consiglio regionale, perché vi sono motivi oggettivi per non procedere oggi ed è inutile stare qua a fare spettacolo di avanspettacolo.

PRÄSIDENT: Abg. Seppi hat das Wort.

SEPPI: Presidente la ringrazio. Ho chiesto ufficialmente prima che lei consulti il Segretario generale sul fatto che sia possibile modificare un punto all'ordine del giorno. Mi risulta che ciò sia del tutto impossibile, di conseguenza lei non può procedere in questo modo, in quanto il primo punto all'ordine del giorno prevede la discussione congiunta di ambedue le relazioni. Non essendo possibile la discussione congiunta, in quanto una relazione non esiste, lei non può fare una modifica al punto n. 1 dell'ordine del giorno, non esiste, doveva esserci una richiesta presentata con 24 ore di anticipo. Nemmeno l'aula, a questo punto, è sovrana in proposito.

Questo mi è stato confermato, per cui obiettivamente la sollecito a riverificare questa situazione, altrimenti ci troveremo di fronte ad un abuso da parte sua e davanti ad un abuso da parte sua, con tutto il bene e rispetto che abbiamo nei suoi confronti, dovremo tirare le giuste conclusioni.

Quindi la sollecito in questa direzione e attendo una risposta ufficiale. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Seppi, un abuso da parte mia non c'è, è un'invenzione. Wir haben auf die Tagesordnung die gemeinsame Diskussion beider Berichte gesetzt. Nachdem der Bericht der Kommission Moskau nicht vorliegt, ist das nicht meine Schuld. Das heißt noch lange nicht, dass man es nicht tun kann. Die Kommission Moskau muss erst vom Regionalrat eine Verlängerung bekommen und dann kann sie über den Termin 31. Jänner hinaus weiterarbeiten, wenn sie die Verlängerung erhält. Die Verlängerung muss der Regionalrat erteilen. Bis jetzt gibt es keine Verlängerung. Ich habe eine solche Verlängerung empfohlen, aber es muss entschieden werden. Das kann aber nicht bedeuten, dass wir nicht den Bericht der ersten Kommission diskutieren, es sei denn, der Regionalrat sagt, weil die zweite die Verlängerung erhalten hat, ist es möglich, dass wir auch die Diskussion der ersten verschieben und dann sie gemeinsam machen. Aber auf jeden Fall erfolgt jetzt die Verlesung des Berichtes von Dr. Lo Sciuto. Daran ändert sich ganz bestimmt nichts.

Darum bitte ich jetzt den Präsidenten der Kommission Dr. Lo Sciuto...

...Abg. Pöder, bitte.

PÖDER: Nur ganz kurz. Wir müssen doch zuerst über die Verlängerung diskutieren. Herr Präsident, wenn es einen Antrag auf Verlängerung gibt, dann müssen wir zuerst einmal darüber diskutieren, bevor der Bericht verlesen wird. Und ich stelle hier schon einmal die Frage, wum es Ihnen oder dem Regionalrat überhaupt geht? Darum, dass ein Termin eingehalten wird, der nur indikativ sein kann oder darum, dass die Wahrheit herauskommt, dass die

Untersuchungskommissionen zumindest das vorlegen, was sie über die Vorgänge, über die Fakten herausgefunden haben. Was ist also wichtiger? Der Termin oder der Inhalt der Berichte? Was herauskommt? Das sollten wir hier entscheiden, also nicht eine heilige Kuh aus diesem 31. Jänner machen.

PRÄSIDENT: Cons. Mosconi, ne ha facultà.

MOSCONI: Grazie signor Presidente. Pensavo di poter evitare l'intervento, però vedo che una soluzione accettabile da tutti non esce, non è uscita nemmeno dall'incontro con i capigruppo che dovevano programmare i lavori del Consiglio e dal momento che interveniamo sull'ordine dei lavori che riguarda l'intero ordine del giorno, ritengo necessario ribadire con forza quello che ho detto nella riunione dei capigruppo.

Abbiamo sentito opinioni differenziate per quanto riguarda la discussione congiunta delle relazioni delle commissioni. Capisco che c'è della difficoltà nel programmare questo punto all'ordine del giorno, però ribadisco che per quanto mi riguarda e pur considerando estremamente importante la discussione sulle relazioni delle commissioni, questo non deve, se non entro certi limiti, andare ad influenzare gli altri punti all'ordine del giorno, che riguardano l'elezione del Presidente della Regione e la presa d'atto delle dimissioni della Giunta.

Mi rendo conto che esiste una qualche connessione, se non altro da un punto di vista causale, nel senso che le dimissioni del Presidente e anche della Giunta possono essere state in parte determinate dai fatti oggetto delle commissioni. Non vedo però oggi perché ci debba essere una interferenza esclusiva dell'una nei confronti dell'altra e viceversa.

Riprendo il mio ragionamento. Troviamo al terzo punto dell'ordine del giorno: "Presa d'atto delle dimissioni degli assessori della Giunta regionale", condivido quanto è stato detto da altri, sul fatto che dal punto di vista procedurale sicuramente il punto n. 3 andava prima del punto n. 2, ma non mi soffermo su questo per non perdere tempo.

Ragiono in questi termini, all'ordine del giorno si parla di presa d'atto, ma non voglio essere l'unico interprete, ci sarà chi ne capisce più di me, a mio parere il significato tecnico, giuridico di presa d'atto è la cognizione da parte del Consiglio regionale di un atto del tutto autonomo assunto dai membri della Giunta regionale, così come è scritto lo intendo e quindi presa d'atto di per sé non potrebbe escludere una qualche forma conclusiva diversa, da parte del Consiglio, presa d'atto, io prendo atto di qualcosa che altri hanno fatto in libera ed autonoma scelta.

Il vero problema ed è quello che veramente a me dà fastidio e devo dirlo con forza e condivido anche gran parte di quello che ha detto il collega Valduga, è che di fronte ad una grave, perdurante crisi politica della Regione, di un ente che è privo di organi in questo momento, di fronte ad una maggioranza che ha numeri forti, fortissimi, ma priva di idee e di proposte, non si può stare qui a discutere se va discussa congiunta o disgiunta una relazione che deve essere fatta, perché questo è stato un compito specifico attribuito dal Consiglio.

Se la seconda commissione ha bisogno di più tempo, entro certi limiti che è il 19 febbraio, si dia questo tempo e si affronti finalmente il problema della crisi politica, che è quella che conta.

Non è possibile discutere o pronunciarsi su relazioni di questa portata, purtroppo non ho avuto il tempo finora di leggerla, quindi non conosco i contenuti, come ha già detto qualcuno in assenza degli organi legittimamente insediati del governo della Regione, quindi del Presidente e della Giunta regionale.

Vorrei anche introdurre un altro piccolo dubbio. Oggi siamo stati regolarmente convocati in Consiglio regionale, abbiamo all'ordine del giorno la presa d'atto delle dimissioni dei componenti dell'organo della regione, possiamo fare a meno oggi di prenderne atto? A mio giudizio no, fossimo in un altro organismo collegiale di altro tipo mi sentirei sicuramente di dire no, perché è un dovere del Consiglio prendere atto delle decisioni e prendere atto che non esiste più la Giunta regionale, dopo di che il Consiglio dirà, in base allo statuto ed in base ai regolamenti, come fa la Regione ad essere retta da oggi in poi, dal momento che non esiste né la Giunta, né il Presidente.

Su questo non sono in grado di fornire indicazioni precise, però per me esiste l'obbligo da parte del Consiglio regionale di prendere atto che la Giunta regionale non esiste più. Dopo di che la sollecitazione ovvia, che proviene da tutti, alla maggioranza che si dia una mossa e faccia delle proposte organiche e capisco che dal punto di vista politico deve esistere una maggioranza sulle proposte da fare, ma nei numeri c'è questa maggioranza e quindi che la maggioranza venga fuori. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Cons. Taverna.

TAVERNA: Grazie, signor Presidente. Mi sarei volentieri astenuto dall'intervenire, anche perché essendo responsabile in prima persona della commissione Mosca, come lei sa signor Presidente, dal momento che l'ho tenuta costantemente informata circa i lavori che noi abbiamo intrapreso, nel corso di queste settimane, lei sapeva perfettamente che non eravamo nella possibilità di produrre il documento entro la data stabilita dal Consiglio.

A questo punto mi corre l'obbligo di intervenire e cerco di farlo dando un contributo in positivo, circa la necessità, a mio giudizio, di rispettare fino in fondo l'ordine del giorno che il Presidente ha formulato e che non mi sento di contestare, perché l'ordine del giorno ha una sua logica.

Quando il Consiglio approvò l'idea di istituire una commissione d'inchiesta, poi divennero due, il Consiglio attribuì alle commissioni d'inchiesta un termine per la conclusione del proprio lavoro ed il termine era il 31 gennaio. Poiché il Consiglio venne convocato in una data immediatamente successiva alla scadenza del termine del lavoro delle commissioni, era perfettamente giusto e legittimo che il Presidente iscrivesse al primo punto dell'ordine del giorno la questione delle relazioni delle commissioni e aveva anche ragione il Presidente nell'attribuire valenza comune alle due commissioni, essendo la matrice delle due commissioni la stessa.

Allorquando, signor Presidente, lei ha constatato oggi che una commissione ha prodotto il suo lavoro, l'altra commissione chiede, come io

chiederò successivamente di poter usufruire di una breve proroga, è evidente che viene a mancare il nesso che ha dato origine alla nascita delle commissioni ad un termine definito e ritengo che sia anche obiettivo che la discussione sia fatta in sede congiunta.

In questo modo, signor Presidente, lei per quanto riguarda il primo punto, non soltanto ha assolto agli obblighi derivanti da una deliberazione del Consiglio – signor Presidente le chiedo cortesemente di non farsi disturbare dal collega Magnani che in questo momento è inopportuno, il collega Magnani faccia l'assessore alla sanità, non disturbi il Presidente in questo momento, che è più utile che il Presidente mi ascolti – allora il Presidente ha fatto bene a descrivere l'ordine del giorno così come l'ha descritto, non è nella condizione il Consiglio di poter affrontare il primo punto dell'ordine del giorno, di questo bisogna rendersi conto ed allora il primo punto necessariamente va a scivolare.

Però mi consenta di chiedere, al tempo stesso, la proroga, perché se non ottengo la proroga la commissione non è nella condizione di poter concludere e mi pare sia quanto meno non comprensibile il fatto che una commissione, istituita per giungere ad un determinato obiettivo, questo obiettivo non lo possa raggiungere, perché il Consiglio nega la proroga per poter giungere alla conclusione dei propri lavori.

Questo per quanto riguarda il primo punto, signor Presidente, quindi non c'è alcun motivo di contendere, si prende atto di questa situazione e quindi il primo punto va naturalmente a scivolamento.

Rubo ancora due secondi sulla questione politica, perché la questione politica è conseguente alla introduzione dei due punti, la nomina del Presidente e la presa d'atto delle dimissioni della Giunta.

Perché è stato convocato il Consiglio in seduta straordinaria l'8 febbraio? Per rispecchiare l'impegno regolamentare che il Consiglio doveva essere convocato entro i 15 giorni, perché la Giunta si era dimessa, quindi il problema politico è costituito dalle dimissioni della Giunta ed è la presa d'atto delle dimissioni della Giunta.

Quindi oggi il Consiglio deve deliberare sulla presa d'atto delle dimissioni della Giunta, altrimenti non avrebbe avuto senso e significato di venire qui.

Allora, signor Presidente, le chiedo formalmente che il Consiglio si pronunci sulla presa d'atto delle dimissioni della Giunta e successivamente questa maggioranza, avendo i numeri, ma avendo le idee confuse, chiederà un rinvio per la ristabilizzazione del vertice istituzionale del governo.

Questo è l'unico modo di procedere per giungere con chiarezza alla conclusione obiettiva dell'ordine del giorno.

La prego, signor Presidente, di seguire questa traccia, che molto modestamente mi sono permesso di indicare.

PRÄSIDENT: Cons. Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Sul regolamento Presidente, le chiedo di ridare dignità a quest'aula e lei lo può fare proprio rispettando l'ordine del giorno.

Presidente, lei sa che il regolamento le impone e lei ha anche il pieno diritto, profondamente, doveroso di farlo, di rispettare l'ordine del giorno, il quale

peraltro doveva essere formulato diversamente e partire proprio da quello che lei ha messo al punto n. 3 e va bene, per le ragioni anche testé dette dall'intervento che mi ha preceduto.

Signor Presidente, se lei proprio vuole aprire il punto n. 1, al massimo le consente il regolamento di far leggere la relazione, poi deve sospendere il punto n. 1, perché il punto n. 1 parla di discussione congiunta, quindi al massimo fa leggere la relazione al Presidente Lo Sciuto della commissione Budapest, sospende il punto n. 1 e va ai punti successivi, perché il punto n. 1 riguarda la discussione congiunta e questa non è assolutamente possibile oggi, sia perché i colleghi consiglieri hanno ricevuto nel primissimo pomeriggio, quando è stata aperta la seduta, la relazione della commissione Budapest, sia perché la relazione della commissione Mosca verrà consegnata entro il 19 febbraio.

Seconda cosa, si procede con i lavori e si va ai punti chiave per i quali è stata convocata per l'appunto questa seduta straordinaria, che per questa ragione avrebbe proprio necessitato di priorità nel cronologico dell'ordine del giorno.

PRÄSIDENT: Abg. Denicolò, Sie haben das Wort.

DENICOLO': Ich ersuche um eine Unterbrechung von höchstens 15 Minuten, um der bisherigen Mehrheit die Möglichkeit zu geben, die Situation kurz zu prüfen.

PRÄSIDENT: Dem Antrag wird stattgegeben. Die Sitzung ist für 15 Minuten unterbrochen. Wir sehen uns um 16.45 Uhr wieder.

(ore 16.30)

(ore 17.12)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich verweise auf Folgendes: wir beginnen jetzt mit der Verlesung des Berichtes der Kommission Budapest durch den Präsidenten Dr. Lo Sciuto. Danach gibt der Präsident der Kommission Moskau Dr. Taverna eine Erklärung ab und wird – wie ich annehme – eine Terminverlängerung beantragen. Danach wird kurz für eine Sitzung des Präsidiums unterbrochen und danach sehen wir weiter.

Ich bitte nun Dr. Lo Sciuto mit dem Bericht zu beginnen.

LO SCIUTO: Prima di dare lettura della relazione, signor Presidente, mi sia consentito di fare due considerazioni, la prima è che la commissione ha ritenuto, come propria stella polare, che l'incarico affidatogli dal Consiglio prevedeva comunque una relazione entro il 31 gennaio. E' di tutta evidenza che nel corso dei lavori – signor Presidente vorrei un po' di ascolto, altrimenti devo strillare e siccome ho un po' di raucedine mi viene difficile – abbiamo ritenuto che entro il 31 gennaio andasse presentata una relazione al Consiglio, così come ci era stato affidato il mandato. Va da sé che se avessimo incontrato delle

difficoltà, degli argomenti da approfondire, come certamente hanno incontrato gli altri colleghi della commissione Mosca, noi avremmo comunque presentato una relazione e contestualmente alla relazione avremmo indicato quali sono i punti da approfondire ed avremmo chiesto al Consiglio se ritenesse utile approfondire anche questi punti e quindi avremmo chiesto una proroga.

Aggiungo inoltre che abbiamo presentato la relazione con largo anticipo...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Per favore andate al vostro posto! Cons. Seppi, per favore, un attimino.

LO SCIUTO: Avevamo inoltre la ragionevole convinzione che la nostra relazione, presentata con largo anticipo, potesse giungere ai consiglieri con qualche giorno di anticipo rispetto alla riunione di oggi, perché avevamo cercato di affrettare anche per questo motivo i lavori, di modo che i consiglieri venissero in questo Consiglio già informati.

Infine mi sia consentito di aggiungere un doveroso ringraziamento nei confronti di tutti i colleghi della commissione per il lavoro svolto, soprattutto per l'animus che li ha mossi. Abbiamo cercato, per quanto è possibile in ciascuno di noi, di allontanare le appartenenze, per cercare di affrontare con spirito obiettivo, per quanto possibile ad un uomo, questo problema e li devo ringraziare perché ci siamo riusciti, tanto è vero che questa relazione è frutto di un consenso unanime della commissione stessa. Di questo sono grato a tutti i membri della commissione. Certo, consenso unanime per ciò che concerne l'accertamento dei fatti e le implicazioni politiche connesse a questi fatti, ma non anche le ulteriori implicazioni per ciò che riguarda la gestione, nel suo complesso, della Regione al di fuori della gestione di questa legge, ma sulla gestione di questa legge il nostro giudizio è stato unanime nello stigmatizzare negativamente la gestione da parte della Giunta regionale.

Relazione conclusiva della Commissione d'inchiesta
istituita ai sensi dell'articolo 15 del Regolamento interno del Consiglio regionale
in ottemperanza dell'ordine del giorno approvato dal Consiglio regionale nella
seduta del 6 dicembre 2001 al fine di indagare sui fatti avvenuti a Budapest
nella seconda metà del mese di novembre 2001.

Si premette che l'ordine del giorno predetto ha individuato i seguenti aspetti da valutare:

- a) comportamenti di amministratori e funzionari sotto il profilo del rispetto delle leggi e delle norme di correttezza gestionale nelle vicende connesse alle trasferte all'estero per ragioni di ufficio o di mandato elettivo anche con automezzi di proprietà della Regione;
- b) verificare comportamenti di amministratori e funzionari sotto il profilo del rispetto delle leggi e delle norme di correttezza gestionale nell'erogazione di contributi regionali ad enti, associazioni, organizzazioni

- comunque denominati in Italia e all'estero operanti nell'ambito della cooperazione, della cultura e delle minoranze etnico-linguistiche;
- c) liceità ed opportunità delle disposizioni impartite dalla Giunta e dai dirigenti regionali ai funzionari in ordine alla gestione di denaro pubblico con riferimento ai punti a) e b).

Con decreto n. 431 del 10 dicembre 2001 il Presidente del Consiglio regionale ha istituito la Commissione d'inchiesta per esaminare tutte le vicende di rilevanza amministrativa e politica in relazione al furto delle due autovetture di servizio avvenuto nel corso del viaggio di missione e della visita del Vicepresidente Atz e della sua delegazione in Ungheria compiuti nella seconda metà di novembre u.s. A tale scopo la commissione composta dai consiglieri regionali Antonino Lo Sciuto, Herbert Denicolò, Sergio Divina, Cristina Kury e Claudio Molinari oltre alla seduta costitutiva avvenuta in data 18 dicembre 2001 si è riunita nelle giornate del 7 gennaio, 14 gennaio, 16 gennaio, 17 gennaio, 18 gennaio e 21 gennaio 2002. In occasione della seduta costitutiva il cons. Lo Sciuto è stato eletto Presidente, il cons. Molinari Vicepresidente e la cons. Kury Segretaria della Commissione d'inchiesta. In modo particolare nella seduta del 14 gennaio sono stati sentiti gli autisti della Regione, sig. Tiziano Erlicher e il sig. Hermann Prosch, nonché il sig. Sieghard Gamper, direttore dell'ufficio studi della Regione. Nella giornata del 16 gennaio sono stati sentiti i dirigenti della Regione e precisamente il dott. Günther Hofer, dirigente della ripartizione studi e relazioni linguistiche, il rag. Fulvio Andreatta, dirigente reggente la ripartizione affari del personale, il dott. Adriano Paoli, dirigente della ripartizione affari finanziari e patrimonio della Regione, nonché l'avv. Edith Engl, vicesegretario e dirigente della ragioneria della Regione. Nella giornata del 17 gennaio è stato nuovamente sentito il sig. Sieghard Gamper, direttore dell'ufficio studi della Regione, nonché il sig. Josef Pigneter, autista della Regione. Nella medesima giornata si è svolta nelle ore pomeridiane l'audizione del Vicepresidente della Giunta regionale consigliere Roland Atz ed infine in data 18 gennaio è stato sentito il segretario generale della Giunta avv. Franco Conci che per motivi di malattia non ha potuto rispondere al primo appello previsto nella seduta del 16 gennaio. Con nota del 21 dicembre il presidente della commissione d'inchiesta aveva richiesto ed ottenuto copiosa documentazione da parte della presidenza della Giunta regionale, che è stata messa a disposizione in copia a tutti i commissari al fine di poter esaminare le questioni oggetto dell'inchiesta.

Preliminarmente, la Commissione deplora la divulgazione – tramite media – del contenuto della “Riservata personale”, inviata dalla Presidente ora dimissionaria, dott.ssa Margherita Cogo, ai Vicepresidenti, agli Assessori e ai Presidenti delle due Commissioni d'indagine.

L'inopportuna divulgazione non ha costituito soltanto una grave scorrettezza nei confronti di alcuni dirigenti della Regione, ma ha anche indebitamente interferito nei lavori delle Commissioni, chiamate – tra l'altro – a valutare l'azione amministrativa ed i comportamenti anche di questi funzionari: è di tutta evidenza che l'aver letto sulla stampa di essere stati ormai giudicati “colpevoli” dalla Presidente della Giunta Regionale, che invoca provvedimenti punitivi, può comprensibilmente aver determinato in loro un più forte

atteggiamento difensivo e reticente, rendendo ancora più difficile il lavoro delle Commissioni.

Per rispondere ai quesiti posti dall'Ordine del Giorno, approvato dal Consiglio regionale il 06.12.2001, non si può prescindere da una, sia pure veloce e sintetica, disamina del quadro normativo in materia.

La legge regionale 26 aprile 1997 n. 4, come è stato universalmente riconosciuto, è ambigua e confusa in molte sue disposizioni ed è quanto mai ampia e generica, tanto da delineare un campo di interventi infinito ed incontrollabile e, perciò stesso, non trasparente, nei settori dell'integrazione europea, del sostegno alle minoranze linguistiche anche all'estero e della collaborazione transfrontaliera.

Mai norme regolamentari, rigorose e tali da meglio circoscrivere il campo d'azione e introdurre chiarimenti, precisazioni, limiti e certezze, sarebbero state indispensabili.

Ma anche queste latitano.

Ad aggravare la confusione, si aggiunge poi il fatto che ben tre Assessori hanno ricevuto, dal decreto presidenziale di riparto degli affari, competenze riconducibili a questa legge, che nel frattempo ha visto decuplicate le risorse finanziarie per il raggiungimento dei fini in essa previsti.

Gestita più come un serbatoio a cui attingere anche per fini clientelari che come strumento finalizzato al raggiungimento degli scopi enunciati, si comprende perché ogni componente della Giunta abbia cercato di ritagliarsi spazi in questo settore.

Sul piano burocratico, infine, c'è da sottolineare la curiosità del fatto che due Ripartizioni, una delle quali – (la Ripartizione III), per via del c. d. Ufficio accordino, fungono da strutture di supporto.

In un quadro normativo così caratterizzato, la Giunta regionale si trova nella comoda posizione di poter fare qualunque cosa e di mettere in campo qualsivoglia iniziativa senza correre il rischio – se minimamente accorta – di violare formalmente la legge stessa. Ciò nonostante, almeno a partire dalla XII legislatura, la Giunta è riuscita nella difficile impresa di violarla, disattendendone alcune norme.

Venendo ai quesiti posti, si premette che sulla base del combinato disposto dagli artt. 3 e 4 della legge di cui trattasi, la Giunta deve presentare annualmente al Consiglio, con un rapporto sull'attività svolta, un programma per l'anno successivo; un programma operativo dettagliato, perché predisposto anche sulla base delle richieste pervenute alla Giunta stessa e vagliate dal Comitato regionale consultivo (art. 4), nominato con decreto del Presidente della Giunta all'inizio della legislatura.

A questo riguardo la Commissione rileva due gravi inadempienze: assenza del programma e mancata nomina del Comitato. È necessario comprendere che le due cose costituiscono l'una condizione dell'altra, perché senza il Comitato non si può aver il programma annuale, così come voluto dagli artt. 3 e 4 della legge.

Quanto al programma, in verità, i competenti funzionari ascoltati e lo stesso Vicepresidente Atz hanno lasciato intendere che poteva essere rinvenuto nella relazione accompagnatoria del bilancio.

Per quanto indulgenti si voglia essere, è assai problematico apportare argomenti a sostegno di una simile tesi, tanto che lo stesso Segretario Generale, avv. Conci, dopo aver dichiarato che una tale relazione, per quanto generica, poteva in qualche modo definirsi un programma, ha dovuto convenire che tuttavia non è quello voluto dal combinato disposto degli artt. 3 e 4 della legge.

Del resto la Commissione ha rilevato che quella parte di relazione, che tratta dell'argomento, è la ripetizione più o meno pedissequa di quella dell'anno precedente.

Quanto al Comitato Regionale Consultivo, i funzionari e lo stesso Vicepresidente Atz sembravano cadere dalle nuvole. Quest'ultimo ha dichiarato che quando aveva assunto l'incarico non sapeva di questa necessità.

Risulta che l'ultimo Comitato sia quello nominato con deliberazione della Giunta regionale n. 1924 del 21. 12.1995, rimasto in carica fino al termine della XI legislativa.

Che si tratti di voluta inadempienza, forse perché si ritenevano imminenti le deleghe su questa materia alla Provincia, è testimoniato dal fatto che il Segretario Generale, avv. Conci, aveva per ben due volte richiamato l'attenzione della Presidente Cogo sulla necessità di costituirlo. Fatto grave, anzi gravissimo che la Presidente nonostante tali sollecitazioni non si sia mai attivata in merito. Di fronte al perdurare dell'omissione, l'avv. Conci ne aveva parlato anche con il dott. Hofer, perché si attivasse, essendo competenza della sua Ripartizione. Il dirigente lo aveva rassicurato dicendo che ne avrebbe parlato all'Assessore Atz.

Dunque una Giunta regionale, già in grado di agire con illimitata discrezionalità in questo settore, si rende ancora più "legibus soluta", omettendo di costituire il Comitato e con ciò stesso di darsi un vero e proprio programma annuale. Nel frattempo non si astiene dal distribuire finanziamenti: lo fa a profusione, ma fuori dalle procedure previste e quindi in modo arbitrario. Se poi si pensi che solo con deliberazione n. 586 del 02.05.2000 la Giunta si è data uno strumento per la "specificazione delle modalità di calcolo e dei criteri per la determinazione dei finanziamenti a favore di Comuni, Enti o Associazioni che svolgono iniziative per la promozione dell'integrazione europea", il quadro è completo.

Di fronte a queste plateali violazioni di legge (ma anche di obblighi nei confronti del Consiglio, cui annualmente va presentato un programma), sorge il problema della legittimità delle deliberazioni assunte dalla Giunta in questo campo, legittimità di cui questa Commissione dubita, anche se l'avv. Conci ha manifestato opinione contraria perché, a suo dire, sarebbero state violate "norme procedurali e non sostanziali". A parte ogni altra considerazione, c'è da chiedersi se l'assenza di criteri codificati (almeno fino al 2 maggio 2000), la mancata nomina del Comitato incaricato di vagliare le richieste e la

sostanziale inesistenza del programma annuale siano tutte da inquadrare tra violazioni di norma procedurali e non sostanziali.

Ma la Giunta, nonostante un parere richiesto all'Avvocatura Distrettuale dello Stato, ha omesso anche un altro doveroso adempimento, quello cioè di acquisire la "previa intesa" governativa per le attività promozionali all'estero o la "previa comunicazione" al Dipartimento Affari Regionali della Presidenza del Consiglio dei Ministri per le iniziative definibili di "mero rilievo internazionale".

I competenti funzionari non hanno saputo fornire alcuna spiegazione. Il dott. Hofer, considerato dalla Commissione il dirigente responsabile di questa incombenza, ha dichiarato invece che non rientrava fra le sue competenze. Il Vicepresidente Atz, a sua volta, ha fatto riferimento ad un presunto accordo tra il dott. Pahl e il Ministero degli Esteri, come se ciò facesse venir meno un obbligo di legge. L'avv. Conci, infine, ha ricordato i contatti tra il dott. Pahl e il Ministero degli Esteri, durante la XI legislatura, ed ha aggiunto che di fronte al dilatarsi dell'attività, per così dire, "estera" della Regione, aveva ritenuto necessario far promuovere il quesito all'Avvocatura Distrettuale dello Stato. Ottenuta la risposta, aveva richiamato l'attenzione della Presidente Cogo anche su questo obbligo ed aveva trasmesso copia del parere al dott. Hofer per gli adempimenti di sua competenza.

A prescindere dagli "incidenti" di Mosca e di Budapest che hanno fatto scoppiare il caso, il quadro sin qui delineato mette in evidenza come il "lassismo" normativo, l'incuria, la noncuranza di leggi e regole da parte della Presidente e degli Assessori e il quanto meno discutibile esercizio di poteri e prerogative (non dimentichiamo che questa Giunta si era data anche un Assessore alla trasparenza) abbiano prodotto a cascata analoghi effetti negativi nell'azione amministrativa e nei comportamenti del personale ai vari livelli.

Il malinteso senso del ruolo e di conseguenza il malesercitato compito d'amministratore regionale; la mancata netta separazione tra indirizzo politico e gestione; i rapporti preferenziali degli Assessori con questo o quel singolo funzionario (scavalcando Ripartizioni e gerarchie), che finisce per sentirsi svincolato dall'Ufficio da cui dipende e dalla subordinazione gerarchica e che, proprio perché fiduciario dell'Assessore (che cerca di compiacere), finisce spesso per ritagliarsi indebiti spazi di autonomia; l'intrecciarsi di competenze di tre Assessori e di due Ripartizioni nello stesso settore; l'inadeguamento del servizio studi e relazioni linguistiche, a fronte della sproporzionata dilatazione dell'attività "estera" della Regione e quindi la carenza di personale, che è un problema oggettivo, ma può diventare anche facile alibi per non fare bene neanche quello che si potrebbe fare, sono tutte cause che hanno inciso negativamente sull'ordinata, scrupolosa, corretta attività amministrativa e gestionale.

D'altra parte, se si ha la sensazione di non contribuire col proprio lavoro all'affermazione di un interesse pubblico; se chi sta in Regione sa meglio di chi è fuori cosa sono e a cosa servono certi viaggi all'estero; se le provvidenze concesse a questo o a quello spesso hanno poco a che fare con l'integrazione europea, si può ben comprendere come gli atti amministrativi, le

deliberazioni e quant'altro vengano vissuti come mere incombenze formali, inutili e fastidiose anche se necessarie per mettere a posto le carte.

Da qui, il pressappochismo e la sciatteria. La predisposizione di proposte di deliberazioni con impegni di spesa talora poco chiare e spesso scarsamente motivate, ne sono una prova. La presentazione in Giunta di proposte di deliberazioni non inserite nell'Ordine del Giorno e quindi prive di controlli preventivi, ne è un'altra, specie quando non sono giustificate da ragioni oggettive d'indifferibilità e di urgenza. Per non parlare poi di certa documentazione prodotta per il rimborso spese soprattutto per missioni all'estero.

A proposito del malinteso senso del ruolo di amministratore regionale, illuminanti sono state le parole del Vicepresidente Atz, perché danno conto delle basi sulle quali si è costituita la Giunta.

Dopo aver premesso che v'era l'accordo di dividere a metà i fondi stanziati in tutti i capitoli di bilancio relativi a contributi da erogare (non solo il cap. 310, per il quale l'art. 7 del regolamento lo prevede), 50% gestiti dai Trentini per conto di Trento e 50% da lui per conto di Bolzano, egli, benché Assessore competente e quindi formale presentatore in Giunta delle proposte di deliberazione, si disinteressava totalmente del merito delle proposte stesse per la quota riservata a Trento: aveva fatto predisporre un timbro dal quale rilevava se l'iniziativa fosse della Presidente Cogo, del Vicepresidente Grandi o di altri, ne prendeva atto e non le leggeva nemmeno, anche perché non aveva interesse alcuno a scoprire che, per esempio, concedevano un contributo "alla banda musicale di Arco piuttosto che a quella di Pergine".

Con un simile accordo, un programma annuale, con indicazioni di obiettivi ed iniziative da finanziare, non serviva, come non serviva il Comitato.

Del resto il Vicepresidente Atz ha tenuto a precisare che agiva in perfetta sintonia con Bolzano e che, sull'accordo spartitorio, v'era piena collaborazione tra le due Province.

Se altri membri della Giunta non hanno la stessa franchezza del Vicepresidente Atz nell'ammetterlo, non significa che siano meno responsabili della mancata tutela, del ruolo e della funzione dell'ente nei settori qui analizzati. Ed è evidente che la Presidente della Giunta è la prima chiamata a risponderne.

Secondo l'art. 1 della legge, la Regione ha un suo proprio interesse, che non è quello di Trento né quello di Bolzano, (con cui deve solo coordinarsi) ad attuare, a promuovere, a sostenere iniziative volte a favorire l'integrazione politica europea e, nel perseguimento di questo interesse, sono state approvate innumerevoli deliberazioni e impegnate notevoli risorse finanziarie.

Sarebbe interessante analizzare una per una queste deliberazioni, per cercare di capire cosa abbiano fatto in concreto (non solo cosa annunciato nella richiesta di finanziamento) i beneficiari di contributi per favorire l'integrazione europea; perché alcuni hanno ottenuto il 25%, altri il 40%, altri, più fortunati, il 60% di finanziamento ed, infine, perché altri nulla. Ma non basta leggere le deliberazioni: in esse non si rinvengono queste risposte, neanche se

si tiene sotto mano anche quella, la n. 586/2000, che fissa criteri e modalità di calcolo. Occorrerebbe spulciare quintali di carte, come ci è stato mostrato e non basterebbe forse il tempo che rimane di questa legislatura.

Resta da chiedersi se il ruolo e l'interesse della Regione in questo campo debbano esaurirsi nel mero finanziamento di iniziative pariteticamente suddivise fra le due Province o non debbano piuttosto riferirsi ad obiettivi propri.

Per quanto concerne il viaggio a Budapest (19-25 novembre), si osserva preliminarmente che le iniziative da tempo intraprese sono prevalentemente rivolte a favore della minoranza di lingua tedesca in Ungheria. Sin dall'inizio, pertanto, l'Assessore Atz ed i suoi collaboratori intrattengono rapporti con il Presidente della "Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen"(LDU) Otto Heinek. I rapporti con il signor Heinek sono di natura istituzionale, essendo questi il Presidente di una istituzione pubblica per l'autogoverno della minoranza di lingua tedesca in Ungheria.

Con la deliberazione n. 1615 del 14.11.2001, si da conto del viaggio di cui trattasi e si aumenta il preventivo a suo tempo approvato con la deliberazione 1620/2000 da lire 150 milioni iniziali a lire 210 milioni, per far fronte a maggiori spese (soprattutto quelle di viaggio, vitto, alloggio, gemellaggi ecc.). Gli scopi del viaggio erano tre: avviare gemellaggi ed inaugurare una casa dello studente e presentare in conferenza stampa e ad un gruppo di insegnanti il materiale didattico, donato dalla Regione.

La delegazione era composta da 7 rappresentanti di 4 Comuni altoatesini (Ortisei, Silandro, Cortaccia e Selva Molini) e da 6 rappresentanti delle Istituzione scolastiche della Provincia di Bolzano, nonché dell'Assessore Atz, alcuni funzionari e dagli autisti. La prima fase del viaggio, a cui hanno partecipato i rappresentanti dei Comuni (gemellaggi), si è conclusa il 22 novembre ed ha interessato alcune città; la seconda fase (23 – 25 novembre) si è svolta a Budapest ed ha coinvolto i rappresentanti delle Istituzioni scolastiche, l'Assessore Atz, i suoi collaboratori ed il Vicesindaco di Cortaccia (autorizzato dall'Assessore Atz).

Nel viaggio sono state utilizzate tre autovetture della Regione e tre autovetture private, due delle quali di dipendenti regionali ed una del Vicesindaco di Selva Molini, il quale si trovava già in vacanza in Ungheria. C'è da aggiungere che 4 funzionari scolastici hanno viaggiato in aereo (andata e ritorno), mentre due rappresentanti del Comune di Selva Molini sono andati a Budapest in aereo e sono tornati con l'autovettura del loro Vicesindaco.

Non è dato ancora sapere il costo finale di quest'iniziativa, tuttavia si rileva che sulla somma preventivata di lire 210 milioni, il costo per la realizzazione e la stampa del materiale didattico incide per poco più di lire 89 milioni. Si rimarca quindi una sproporzione tra quest'ultimo costo e la somma complessiva stanziata.

Il 23 novembre, verso le ore 16, la nutrita delegazione, congedatasi dal Difensore civico per le minoranze, dott. Kaltenbach, cui aveva reso visita, si è avviata, a piedi, verso il non molto distante Palazzo del Parlamento, ove il Presidente Heinek aveva organizzato una visita. I due autisti della Regione sono invece rimasti presso le autovetture, finché il sig. Heinek, tornato sui suoi

passi, non li ha invitati ad unirsi alla comitiva, assicurando loro che i due uscieri della sede del Difensore civico, davanti alla quale erano parcheggiate le vetture, avrebbero fatto buona guardia. Lasciatisi convincere, i due autisti si sono uniti al gruppo, con la piena approvazione del Vicepresidente Atz. Alle 16,30, il sig. Heinek, che aveva impegni, ha lasciato gli ospiti e, come ha comunicato con lettera del 10.12.2001, indirizzata al "sig. Atz", nel riprendere la propria autovettura, ha richiamato l'attenzione degli uscieri sulle due Audi della Regione, dicendo loro che sarebbero rimaste lì parcheggiate per ancora circa un'ora. Verso le 17,30 ha saputo del furto, del quale tuttavia si è premurato, con la lettera sopraccitata, di "assolvere" da ogni responsabilità gli autisti, il capo delegazione (Atz) e tutti gli altri. Dalle denunce presentate alla Polizia di Budapest dai due autisti (peraltro l'una fotocopia dell'altra), non si rileva niente di più, né si conosce il contenuto delle dichiarazioni degli uscieri, ammesso che siano stati sentiti, e più in generale, l'esito delle indagini. C'è da sperare che l'Amministrazione si attivi al riguardo.

La buona fede degli autisti, della quale la Commissione è pienamente convinta, non farebbe venire meno (al massimo l'attenuerebbe) la loro responsabilità per aver mancato ai propri doveri di custodia dei mezzi a loro affidati, se non vi fossero stati indotti dai loro superiori e segnatamente dal capo delegazione Vicepresidente Atz. Ma questa vicenda denuncia altri episodi di commistione o di unificazione in capo allo stesso Vicepresidente di tutti i poteri: è direttamente lui, all'insaputa del capo della Ripartizione, secondo le affermazioni del dott. Hofer, a scegliere alcuni funzionari regionali per il viaggio in Ungheria; è lui e non l'ufficio che conosce i nomi degli invitati; è lui che autorizza il vicesindaco di Cortaccia, che non aveva più motivi per restare in Ungheria, a rimanere a Budapest a spese della Regione.

Il funzionamento anomalo delle strutture burocratiche della Regione emerge con evidenza anche dalle dichiarazioni del dott. Hofer, il quale o permette che sia tenuto in un angolo ignaro di tutto oppure volontariamente si disinteressa di ciò che coinvolge direttamente la sua Ripartizione. Egli non sa quasi nulla né del viaggio a Mosca, "appaltato" al dott. Zaffi, né di quello in Ungheria, "appaltato" al sig. Gamper, al quale espressamente dice di rivolgersi.

Anche alla Commissione conoscitiva, costituita con decreto presidenziale n. 650/P del 7.12.2001, risponde nello stesso modo. Alla domanda se non ritenesse troppo numerosa la delegazione "ungherese", risponde di aver avuto questa impressione, ma che comunque egli non ne conosce l'esatto numero né tanto meno i nomi, perché non aveva preso parte a tutto il viaggio (sic!) ed invita a rivolgersi al sig. Gamper, che evidentemente non lo tiene informato.

E' singolare che la Ripartizione della Regione, che organizza e finanzia il viaggio, non ha carte, note, relazioni, documenti e copie di inviti per sapere quanti e chi fossero e perché proprio questi. Occorreva essere fisicamente presenti dal primo all'ultimo giorno in Ungheria per sapere a chi la Regione aveva pagato viaggio e soggiorno!

Tutto ciò è sintomatico di come siano stati ridotti uffici ed umiliati nelle loro funzioni anche alti dirigenti da una Giunta, che gestisce con metodi assai discutibili le risorse umane e finanziarie di un Ente pubblico.

Ad ulteriore dimostrazione di una gestione all'insegna dell'allegria e del pressappochismo, la deliberazione n. 1615/2001 non contiene alcuna motivazione del perché la delegazione fosse composta da 7 rappresentanti per 4 comuni e da 6 rappresentanti delle Istituzioni scolastiche (senza contare i dipendenti della Regione, il cui esatto numero ancora ci sfugge). Il sig. Gamper, cui abbiamo chiesto lumi, ci ha spiegato con parole sue che "melius est abundare quam deficere": non si sa mai, in questi casi qualcuno potrebbe aggregarsi all'ultimo momento e bisognerebbe rifare la deliberazione!

Considerato come stanno le cose, non sorprende che dopo il primo furto di una AUDI della Regione, avvenuto sempre a Budapest il 13 luglio scorso, nessuno si sia mosso per far attivare un procedimento disciplinare.

In quella occasione, l'avv. Engl e la segretaria dell'Assessore Atz erano andate in missione in Ungheria a bordo dell'AUDI guidata dal sig. Prosch, che è uno dei due sfortunati autisti cui hanno rubato l'auto anche a novembre. I motivi del viaggio erano quelli di verificare lo stato di attuazione di progetti già avviati e di valutare la consistenza di connesse garanzie bancarie.

Parcheggiata la vettura in modo da poter essere tenuta d'occhio durante la cena in un ristorante, a quanto pare, prenotato o indicato dal sig. Heinek e situato poco distante dalla sede della LDU, al momento del pagamento del conto è avvenuto il furto: l'autista e le due signore, contestualmente alla cassa per circa 10 o 15 minuti, non si sono accorti di nulla.

All'Amministrazione è bastato poco per chiudere la pratica, senza neanche iniziare un procedimento disciplinare. Il rag. Andreatta, al riguardo, ha dichiarato che gli elementi in loro possesso erano tali da escludere ogni responsabilità, cosa questa che, in genere, viene accertata proprio mediante il procedimento.

La Commissione ritiene invece che anche questo episodio denunci il lassismo che pervade a livello politico e amministrativo la Regione.

L'avvio del procedimento disciplinare, con la contestazione degli addebiti, è un atto dovuto, quando ovviamente non sia di plateale evidenza la mancanza di ogni presupposto e l'atto serve per garantire anche il dipendente, mettendolo in condizione di chiarire tutte le circostanze, anche quella, per esempio, in questo caso, che ha indotto tutti e tre, che dovevano pagare conti separati, a recarsi contemporaneamente alla cassa, perdendo così di vista la vettura per un tempo sufficiente ai ladri per rubarla. Iniziare un procedimento disciplinare non significa concludere con la punizione: il procedimento serve per accertare i fatti e comportamenti, per poi trarre le conclusioni.

È da ritenere che l'avvio del procedimento, indipendentemente dall'esito, avrebbe indotto ad una maggiore cautela in occasione dell'ultimo viaggio e forse il sig. Prosch, questa volta, non si sarebbe fatto convincere dal sig. Heinek, tanto più che quel palazzo del Parlamento egli lo aveva già visitato.

Ma, a parte la doverosità dell'azione disciplinare, non attivare il procedimento induce i dipendenti, specialmente quelli non coinvolti, a ritenere l'Amministrazione distratta, assente o lassista.

Ed è proprio questa l'impressione che si ricava dall'analisi dei fatti e dei comportamenti sottoposti all'indagine della Commissione. Né questa

impressione è mitigata ma anzi ne esce rafforzata nell'apprendere che, invece, per il secondo furto si stanno raccogliendo gli atti e si sta valutando di sottoporre i dipendenti a procedimento disciplinare, quando numerosi testimoni possono confermare che gli autisti hanno lasciato la vettura in un parcheggio davanti ad un edificio pubblico vigilato da due uscieri, sono stati indotti a farlo dall'insistenza di un personaggio autorevole e col pieno consenso dei superiori. Se appare necessario ora, nel primo caso l'esercizio dell'azione disciplinare avrebbe dovuto essere avvertito come indispensabile. Evidentemente, più che i comportamenti, sono i "boatos" a far muovere l'Amministrazione.

In conclusione, la Commissione ritiene che, per invertire la tendenza, sia necessaria prima di tutto una direzione politica autorevole e protesa davvero ad affermare l'interesse pubblico rappresentato dalla Regione; una direzione politica che faccia della correttezza, scrupolosità, laboriosità e trasparenza valori a cui informare la propria azione e la propria condotta, determinando in questo modo effetti positivi a catena a tutti i livelli dell'Amministrazione.

Per quanto riguarda, in particolare, il settore che più da vicino ha interessato i lavori di questa Commissione, si ritiene di dover raccomandare i seguenti interventi:

- a) modifica della legge regionale 26.4.97 n. 4, ridimensionandone anche la dotazione finanziaria ed emanando i necessari regolamenti, in modo da avere un quadro normativo chiaro, puntuale, trasparente e dimensionato agli obiettivi che si intendono perseguire;
- b) revisione delle competenze degli Assessori;
- c) riorganizzazione delle Ripartizioni, attribuendo solo ad una di esse la competenza per gli interventi di cui alla suddetta legge;
- d) modifica delle procedure per l'acquisto di autovetture o altri beni, indicando nelle gare esclusivamente le caratteristiche tecniche e non anche la marca o la presenza di accessori specifici di una determinata marca;
- e) rendere effettiva la distinzione tra indirizzo politico e gestione.

Bolzano, lì 22 gennaio 2002

IL PRESIDENTE
della Commissione d'inchiesta
Dott. Antonino Lo Sciuto

PRÄSIDENT: Danke Herr Präsident.
Frau Dr. Klotz?

KLOTZ: Nur die Frage, ob wir diesen Bericht auch in deutscher Sprache bekommen, denn das Recht dazu haben wir.Danke, in Ordnung.

PRÄSIDENT: Jetzt hat sich in persönlicher Angelegenheit Frau Abg. Dr. Cogo zu Wort gemeldet. Danach sage ich gleich, wie es grundsätzlich weitergehen soll. Wir machen jetzt anschließend gleich die Stellungnahme von Dr. Taverna und der wird Einiges zum Ablauf der bisherigen Arbeiten sagen und dann wird

er vorschlagen, dass der Präsident für eine neue Terminsetzung in Absprache mit der Kommission beauftragt wird. Darüber ist abzustimmen. Danach zieht sich das Präsidium einen Augenblick für eine Angelegenheit einer Interpretation des Reglements zurück.

Aber jetzt hat Frau Abg. Cogo das Wort in persönlicher Angelegenheit.

COGO: Grazie Presidente. Innanzitutto contesto le modalità e l'ordine del giorno, perché davvero non si può pensare di portare una relazione...

(interruzione)

PRÄSIDENT: Frau Dr. Cogo, Sie sind jetzt mehrmals unterbrochen worden. Ich bin nicht mit diesen Unterbrechungen einverstanden. Sie müssen das Wort verlangen und dann erteile ich es Ihnen. Bitte halten Sie sich daran.

Frau Dr. Cogo, bitte beenden Sie mit genauem Bezug auf die persönliche Angelegenheit die Intervention und dann erhält sofort Abg. Taverna das Wort.

COGO: Mi pare che mi siano state rivolte delle precise accuse...

(interruzioni varie)

COGO: Presidente, io vorrei capire...

(interruzioni varie)

COGO: Guardi, io voglio precisare un fatto, credo sarebbe stato corretto fornirci la relazione...

(interruzione)

COGO: Parlo volentieri, però mi piacerebbe che non ci fossero questi tumulti in aula, che ognuno urla come vuole...

(interruzioni varie)

COGO: Signor Presidente, io vorrei veramente riuscire a farmi capire ed a fare capire la mia difficoltà, perché ho ricevuto la relazione, come tutti gli altri miei colleghi, nel momento in cui mi sono presentata in aula e credo sia anche giusto discuterla con una certa celerità e priorità, però è anche giusto consentire a coloro i quali sono stati oggetto di indagine, il tempo per elaborare delle proprie deduzioni e questo tempo a me non è stato concesso. Credo anche una cosa però, che non sia possibile leggere oggi una relazione e portare le contro deduzioni, perlomeno alcune spiegazioni a questa relazione soltanto fra quindici giorni o quando si riterrà di convocare il Consiglio regionale, perché credo sia una lesione del diritto democratico di ascoltare sì le critiche, ma anche immediatamente in quella stessa sede portare le proprie motivazioni.

Siccome non so come procederanno i lavori di quest'aula, però mi pare di capire che il tutto potrebbe essere rinviato, allora volevo soltanto precisare alcune questioni, ma molto brevemente...

(interruzioni varie)

PRÄSIDENT: Dottoressa, forse in questo caso si tratta veramente di una parte della discussione stessa, quindi consigliereei di fare questo intervento un'altra volta, cioè di posticipare, questo suo intervento è prematuro direi.

COGO: Guardi, è veramente prematura anche la lettura della relazione stessa, se vogliamo, perché lei non può oggi consentire che vengano fatte affermazioni pensanti, come quelle che ha fatto il dott. Lo Sciuto e poi...

(interruzioni varie)

COGO: Io vorrei capire se le modalità di discussione in quest'aula avvengono sempre lasciando libertà, a chi vuole urlare, di urlare sempre più forte, quindi di sovrastare le voci degli altri...

(interruzione del cons. Boso)

COGO: Presidente, vede qual è la logica di quest'aula, di non voler nemmeno ascoltare per un brevissimo minuto o due...

(interruzione del cons. Boso)

COGO: Volevo brevissimamente, con questo non vuole essere però una replica a quella relazione, ma soltanto focalizzare l'attenzione dei miei colleghi, anche perché non credo sarebbe giusto che io dicessi le cose semplicemente alla stampa e non dicessi le stesse cose all'aula, anche perché ho rispetto dell'aula ed ho rispetto dei miei colleghi ed allora volevo sostanzialmente...

(interruzioni varie)

COGO: Io parlo, però nel totale caos non riesco a parlare...

(interruzione del cons. Divina)

COGO: Di fatti personali potrei citarne più di uno, perché sono continuamente intervenuti dove non dovevano, accusandomi anche di non rispettare il regolamento...

(interruzioni varie)

PRÄSIDENT: Dott.ssa Cogo, forse sarebbe meglio aspettare con il suo intervento, anche se io lo ritengo ben giustificato, finché abbiamo deciso se cominciare eventualmente subito la discussione su questo punto...

COGO: Dr. Pahl, Presidente, io credo una cosa, che ci sia un regolamento che le consente anche di allontanare dall'aula chi si comporta in questo modo, perché siamo arrivati al limite della democrazia, anzi l'abbiamo superata abbondantemente, i diritti democratici in quest'aula pare che non ci siano più evidentemente.

Allora volevo chiederle questo, Presidente, ma io non sto violando niente...

(interruzione del cons. Boso)

PRÄSIDENT: Cons. Boso, lei non può interrompere in questo modo, lei può chiedere la parola e poi eventualmente gliela do...

(interruzione del cons. Boso)

PRÄSIDENT: Nessuno può interrompere, finisca pure poi...

COGO: La ringrazio. Siccome ho molto rispetto di quest'aula, anche se mi rendo conto che c'è chi non la rispetta affatto, che soltanto il provare a difendermi hanno paura a sentire una qualunque giustificazione...

(interruzioni varie)

PRÄSIDENT: Dott.ssa Cogo, forse io vedo che lei vorrebbe entrare nel merito del contenuto, penso sia meglio aspettare la discussione e poi ha diritto di parlare per dieci minuti interi durante la discussione. Potrebbe accettarlo? La ringrazio.

Jetzt hat Dr. Taverna, Präsident der Moskau-Kommission, das Wort.

TAVERNA: Grazie signor Presidente.

Illustre Presidente, gentili consiglieri, egregi consiglieri, il Consiglio regionale, nella seduta del 6 dicembre 2001, ha approvato un ordine del giorno istitutivo di due commissioni d'inchiesta, il cui scopo è relazionare al Consiglio regionale rispettivamente sui fatti di Budapest e di Mosca.

Nel medesimo ordine del giorno è previsto che le due commissioni debbono terminare il proprio lavoro entro il 31.01.2002.

Il sottoscritto presidente della commissione d'inchiesta sui fatti di Mosca, non ha potuto adempiere puntualmente al mandato conferitogli dal Consiglio regionale, in quanto l'acquisizione della documentazione, l'analisi della stessa, gli ulteriori adempimenti di carattere istruttorio e non ultimo gli impegni che ogni commissario assolve anche nelle funzioni di consigliere provinciale, hanno fatto sì che la commissione si sia trovata nell'impossibilità di rispettare il termine prefissato.

L'indagine sui fatti di Mosca, con le connessioni e le implicazioni che tale indagine ha comportato, anche con riferimento all'oggetto del mandato del Consiglio regionale, si è rivelata particolarmente laboriosa, macchinosa e complicata e necessita di una costante formulazione di ipotesi alle quali bisogna

dare un riscontro concreto, documentale o testimoniale e quindi una ridefinizione delle ipotesi formulate in base alle verifiche effettuate.

Questa metodologia di lavoro ha comportato e comporta la necessità di effettuare adempimenti istruttori, che spesso non possono essere acquisiti immediatamente, in quanto molti dei supporti istruttori devono essere inviati da terzi o la cui acquisizione richiede obiettivamente un certo lasso di tempo.

Conseguentemente il tutto ha dilatato i tempi necessari per effettuare un'indagine, che sia conforme ai canoni di razionalità ed efficienza, che abbiamo voluto come base del nostro operare. Anche le audizioni delle deposizioni testimoniali si sono rivelate di difficile coordinamento e coordinazione, sia per i vincoli derivanti dagli impegni istituzionali da parte dei commissari, sia per gli impegni propri dei testimoni.

E' da considerare altresì che è in corso di svolgimento a Mosca il processo del funzionario regionale che è stato arrestato e successivamente rilasciato, come è facile intuire ai fini di una completa analisi dei fatti, risulta imprescindibile ottenere la documentazione inerente tale procedimento e questo per vagliare i fatti nel modo più trasparente e per esprimere delle conclusioni che abbiamo preso in considerazione, per quanto possibile, tutti gli aspetti inerenti la vicenda.

Al fine che i consiglieri regionali siano posti a conoscenza dei lavori finora effettuati, riassumendo comunico che si sono tenute n. 11 sedute, per un totale di 48 ore e che sono stati ascoltati 25 testi. Di tutto rilievo è stata anche la raccolta e l'analisi della documentazione. L'elencazione di quando sono state tenute le sedute, dei testi ascoltati, l'elenco della documentazione acquisita, si trovano in allegato a questa mia nota informativa.

Preciso che sono in fase di trascrizione e traduzione dalla lingua tedesca gli interventi dei testi ed a tal proposito informo che la commissione è in attesa di un parere del garante per la protezione dei dati personali, al fine di sapere se i resoconti stenografici delle testimonianze possono essere almeno dati a chiunque ne abbia interesse.

Mi auguro che il Consiglio regionale, preso atto di quanto detto, considerando il fine per il quale è stata istituita la Commissione, le aspettative della pubblica opinione e le implicazioni anche di carattere personale che sottostanno a quanto verrà relazionato in aula ed in via prioritaria la necessità di completezza ed esaustività della relazione, convenga che venga posticipato il termine per la presentazione della relazione.

In considerazione di quanto detto, comunico che ho provveduto a richiedere al Presidente del Consiglio regionale che venga delegato dall'aula all'individuazione di un termine, da concordare con il presidente della commissione, per presentare una relazione che possa essere considerata completa, istruita in modo adeguato, trasparente, che tralasci totalmente qualsiasi considerazione di carattere ideologico e di partito e soprattutto che contenga delle conclusioni che possano essere verificate e provate, tramite i riscontri diretti con la documentazione e le testimonianze acquisite.

(interruzione)

TAVERNA: Chiedo cortesemente che il Consiglio regionale possa procedere alla concessione della proroga prima della sospensione dell'Ufficio di Presidenza, perché non vorrei che le questioni aperte circa la procedura, relativamente al punto n. 1, potessero in qualche modo interferire e arrecare pregiudizio.

Mi permetto, signor Presidente, prima della sospensione dei lavori e ovviamente prima della vostra riunione, di considerare l'aspetto generale della questione e mi permetto anche, cercando di portare un contributo positivo, di giungere ad un accordo, perché a me pare che ci siano due questioni da osservare in via preliminare, anche per quanto riguarda l'avvio della discussione sulla relazione Lo Sciuto. Mi permetto di intervenire, avendo io stesso la responsabilità della richiesta di proroga e quindi mi rendo perfettamente conto che la richiesta di proroga abbia in qualche senso interferito, anche sulla odierna seduta e sui lavori relativamente al punto n. 1.

In via preliminare, signor Presidente, con tutta obiettività mi pare di poter affermare che ai consiglieri regionali sia dato il tempo necessario per leggere con attenzione e con spirito critico la relazione della commissione Lo Sciuto. Non è possibile, signor Presidente, l'avvio di un dibattito immediatamente, perché questo lede i diritti dei consiglieri ad essere informati ed a potersi informare ed a potersi soprattutto, in spirito di serenità, affrontare questo argomento, che comunque è un argomento delicato e che riguarda, a mio giudizio, un atteggiamento sereno ed un dibattito sereno.

In secondo luogo, signor Presidente, nei confronti degli indagati – mi passi questo termine, non me ne viene uno migliore in questo momento – nei confronti di coloro che sono stati oggetto di un'indagine, questi hanno il diritto di chiedere i termini a difesa, non è possibile in questa fase avviare alcun dibattito, proprio per il rispetto dei consiglieri, per il rispetto anche di coloro che sono stati oggetto dell'indagine.

Questo a me pare che sia di una banalità estrema, ma comunque rientra in una civiltà giuridica che io ho l'onore di poter affermare anche in questa sede.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Perego.

PEREGO: Brevissimamente, signor Presidente, per appoggiare la richiesta del collega Taverna. Io credo che dovremmo votare subito sulla sospensione e poi vorrei, anche se non ne ha bisogno, spezzare una lancia a favore della Presidente Cogo. Questa è una relazione che è decisamente pesante politicamente, è una relazione che contiene delle accuse politiche e non solo politiche, precise. Io credo, come diceva il collega Taverna, che chiunque sia stato citato in questa relazione come responsabile di uno o più fatti, abbia diritto avere i termini a difesa, quelli che giuridicamente sono i termini a difesa, il diritto cioè a studiare la relazione, a predisporre testi, documenti e quant'altro per venire in aula a non difendersi, ma presentare delle proprie relazioni.

Crede sia un fatto di normale tutela della dignità della persona, a maggior ragione di un consigliere, a maggior ragione, Presidente, di un ex Presidente della Giunta regionale che viene pesantemente tirata in ballo da questa relazione e di un Vicepresidente che non ha avuto neanche la

compiacenza di ascoltare la relazione, ma evidentemente l'avrà letta in altro modo.

Quindi le chiedo di tener presente questo diritto fondamentale di ogni cittadino e quindi anche di un ex Presidente e di altre persone, quindi la invito a mettere in votazione la proroga da parte del collega Taverna e della sua commissione e poi io chiedo la sospensione della seduta.

PRÄSIDENT: Abg. Pöder, bitte.

PÖDER: Herr Präsident, natürlich unterstütze ich den Antrag, die Terminverlängerung gleich zur Abstimmung zu bringen. Ich wende mich allerdings entschieden gegen das, was Kollege Perego gesagt hat. Das hier ist kein Gericht, es gibt keinen Angeklagten und niemanden, der sich deshalb mit Berichten oder sonst was verteidigen muss. Es gibt nur zwei Berichte, die dieser Regionalrat zur Kenntnis zu nehmen hat und das sind die beiden Berichte der Kommissionen. Einer liegt vor und der andere wird in nächster Zeit vorliegen und diese beiden Berichte haben hier im Regionalrat diskutiert zu werden. Jeder kann dazu das Seine sagen. Aber ich wende ich entschieden dagegen, dass sonst jemand dem Regionalrat einen Bericht vorlegen kann. Das ginge wirklich zu weit, dass wir hier z.B. noch einen Bericht der Ex-Präsidentin Cogo, einen Bericht der beiden Vizepräsidenten und von wem sonst noch immer diskutieren. Zwei Berichte müssen zur Debatte stehen und nicht mehr. Und wie gesagt, das ist kein Gericht, sondern eine Volksvertretung, das ist der Regionalrat und da sind zwei Untersuchungskommissionen, die das ihre dazu zu sagen haben. Es werden natürlich die Betroffenen hier auch gehört werden. Aber ich muss schon ganz ehrlich sagen, in diesen Berichten werden noch andere Personen erwähnt. Da werden Beamte erwähnt. Zum Beispiel bei der Moskau-Kommission geht es ja um Dr. Zaffi und der hat natürlich dann keine Gelegenheit, sich hier in irgendeiner Weise „zu verteidigen“. Wir haben als Kommissionen nur festzustellen, was passiert ist, was unsere Schlussfolgerungen daraus sind. Das haben wir dem Regionalrat zu sagen und der Regionalrat wird es dann zur Kenntnis nehmen, befürworten oder ablehnen. Aber nicht, dass wir hier über irgend jemand zu Gericht sitzen. Denn wenn juristische Verfehlungen festgestellt werden oder wurden, dann wird sich selbstverständlich die Staatsanwaltschaft mit der Frage zu befassen zu haben und nicht der Regionalrat, denn das wäre dann eine institutionelle Verquickung, die wir sicher nicht vornehmen dürfen.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Pöder. Es ist selbstverständlich, dass nur über die Bericht der Kommission gesprochen wird.

Abg. Denicolò hat das Wort.

DENICOLO': Herr Präsident, ich möchte jetzt wissen, ob die Sitzung für eine Präsidiumssitzung unterbrochen wird oder nicht. Denn zu dem, was Kollege Taverna hier vorgeschlagen hat, dass jetzt sofort abgestimmt werden soll, ob eine Verlängerung gewährt werden soll oder nicht, kann ich für die Südtiroler Volkspartei nur sagen, wir stimmen einer Verlängerung zu, wenn wir heute die Diskussion zu diesem Bericht abschließen können, um dann zu den nächsten

Tagesordnungspunkten zu kommen. Und zwar genau in dem Sinn, wie der Präsident den eingesetzten Untersuchungskommissionen die Aufgabe erteilt hat: Wir haben gearbeitet, wir legen den Bericht vor, dazu können sich die Abgeordneten äußern und dann ist Schluss und dann wird das zur Kenntnis genommen.

PRÄSIDENT: Danke! Ich bitte um Verständnis, wenn ich jetzt kurz die Arbeiten des Regionalrats für eine Sitzung des Präsidiums unterbreche. Ich werde dabei auch die Angelegenheit beraten, die Kollege Taverna aufgeworfen hat. Bevor ich eine Entscheidung treffe, möchte ich aber die Kollegen im Präsidium hören.
Die Sitzung ist für 10 Minuten unterbrochen.

(ore 18.20)

(ore 18.47)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Das Präsidium hat eine Beratung über die Auslegung des Reglements begonnen. Wir haben uns aber nicht in der Lage gesehen, sofort eine Entscheidung zu treffen, weil es eine wohl überlegte Angelegenheit sein muss. Somit wollten wir nicht allzu schnell eine Entscheidung treffen, d.h. die Frage ist vom Präsidium offen gelassen worden, ob eine gemeinsame Debatte stattfinden soll, auch wenn der Bericht der Moskau-Kommission nicht da ist. Aber das Präsidium möchte bis zu dem Zeitpunkt, wo wir wohl überlegt eine verbindliche Interpretation geben, diese Entscheidung dem Regionalrat überlassen und die Entscheidung über die Fristverlängerung selbstverständlich auch. Das ist sowieso klar, weil das schon der Antrag vom Präsident Taverna ist.

Abg. Denicolò, zum Fortgang der Arbeiten.

DENICOLO': Ich nehme diese Information, die Sie gegeben haben, zur Kenntnis, stelle aber jetzt den Antrag und ersuche Sie, darüber abstimmen zu lassen und zwar: Der Regionalrat diskutiert jetzt den Kommissionsbericht Budapest und nimmt ihn zur Kenntnis. Ich ersuche über diesen Antrag jetzt abzustimmen.

PRÄSIDENT: Das ist ein konkreter Antrag. Dann können zwei dafür und zwei dagegen sprechen und nachher erfolgt die Abstimmung.

Abg. Pöder, dafür oder dagegen? Sie haben das Wort, dagegen zu sprechen.

PÖDER: Vielen Dank. Es wurde heute schon viel darüber geredet, warum wir nicht darüber diskutieren sollen. Es gibt wirklich zwei objektive Gründe. Einer ist der, dass der Tagesordnungspunkt Nr. 1 eine klare Aussage beinhaltet, die Diskussion und die Kenntnisnahme beider Berichte. Nur einen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, wäre eine Änderung der Tagesordnung und das könnten wir in diesem Sinne nicht vertreten. Ein wirklich wichtiger objektiver Punkt ist jener – und das bitte ich zu berücksichtigen –, dass hier fünf

Regionalratsabgeordneten sind, die Mitglieder jener Kommission sind, deren Bericht noch nicht vorliegt. Diese fünf Regionalratsabgeordneten, zu denen auch ich gehöre, haben vielleicht eine andere Sichtweise über Dinge, die im Bericht der Budapest-Kommission enthalten sind, haben vielleicht mehr Informationen oder andere als sie in der Budapest-Kommission zur Zeit der Niederschrift dieses Berichtes vorlagen. Was sollen wir in der Debatte dann tun? Stillsein? Soll ich zu diesem Bericht nicht Stellung nehmen können oder wenn ich Stellung nehme, Herr Präsident, soll ich dann Dinge verschweigen, die ich weiß und die vielleicht diesen Bericht in irgendeiner Form widerlegen - ich sage nicht, dass das so ist, aber es kann so sein - oder die zusätzliche Informationen beinhalten? Soll ich diese Dinge dann sagen oder nicht sagen? Soll ich den Bericht, den die Moskau-Kommission abliefert, vorwegnehmen oder soll ich ihn nicht vorwegnehmen? Wäre es korrekt, wenn ich zum Budapest-Kommissionbericht Informationen hier vorlege, die dann allerdings noch nicht in einer unterschriebenen, noch einmal verifizierten und korrigierten Version des Berichtes der Moskau-Kommission enthalten sind, wäre das korrekt gegenüber jenen, die ich dann nennen müsste? Wäre es korrekt, wenn ich hier Informationen äußere, vorlege, die wir in der Moskau-Kommission vielleicht aufgrund anderer Anhörungen, vielleicht von Personen erhalten haben, die in der Budapest-Kommission nicht angehört wurden? Wäre das korrekt oder darf ich das nicht sagen? Nimmt man mir hier das Recht, all das zu sagen, was ich als Regionalratsabgeordneter sagen möchte? Das ist ein Problem, das nicht außer Acht gelassen werden sollte.

Also ich bestehe schon auf mein Recht, zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Aber wenn, dann warne ich davor, dann werde ich auch Dinge sagen, die noch nicht in Berichtform vorliegen und das ist meiner Meinung nach nicht korrekt, aber ich kann das nicht zurückhalten.

PRÄSIDENT: Cons. Perego, ne ha facultà.

PEREGO: Grazie Presidente. Io parlo contro la proposta del collega Denicolò, in parte per i motivi del collega Pöder. La discussione, secondo me, è molto più semplice se ci riportiamo a dei dati semplici, di buon senso, si parla di discussione congiunta, quindi ad esempio il cons. Perego ha a disposizione mezz'ora ed in mezz'ora io devo parlare congiuntamente di due relazioni, delle quali una non ho ancora in mano. In mezz'ora, nel mio tempo a disposizione come consigliere, dovrei parlare congiuntamente su due relazioni, di cui ne conosco una sola, mentre il collega Pöder potrebbe usare la sua mezz'ora utilizzando informazioni che ancora non sono a mia conoscenza, perché non ho letto la relazione che non è stata ancora fatta.

Presidente, è una cosa di una chiarezza, di una semplicità che è lampante. Non può esserci discussione congiunta su due relazioni, quando una non c'è perché io consigliere che non faccio parte delle due commissioni non sono posto in condizione materialmente di parlare. Se andiamo avanti io uso tutto il tempo a mia disposizione per parlare della commissione Budapest, ma quando sarò a conoscenza della relazione Mosca io non potrò parlare perché avrò esaurito il mio tempo, dovrò argomentare sul 50% dell'argomento all'ordine del giorno.

Signor Presidente, credo di non voler togliere altro tempo ai colleghi, la cosa è lampante, è semplicemente di buon senso, non posso parlare di due argomenti quando ne conosco uno solo. Credo che il buon senso dovrebbe dire che dobbiamo sospendere la riunione. Mi dispiace, altra soluzione non c'è, signor Presidente, se lei fa riferimento al buon senso più che al regolamento ed alle direttive di partito.

PRÄSIDENT: Jetzt haben zwei dagegen gesprochen. Jetzt können noch zwei dafür sprechen.

Cons. Seppi, prego.

SEPPI: E' talmente illogico, Presidente, questo modo non di proseguire nei lavori, ma di averlo accennato, che inizialmente nel primo pomeriggio dissi che questo ordine del giorno non poteva essere eseguito nei termini previsti e di fatto il collega Perego lo ha appena ribadito. Allora non ho capito perché è stata fatta leggere la relazione al collega Lo Sciuto, ma ancora di più non ho capito perché la collega Cogo e coloro che sono stati chiamati in causa non hanno nello stesso momento il diritto, non dico di difendersi, ma di dire la loro opinione.

Di conseguenza, se questa scelta è stata fatta ed andremo a vedere su quali basi giuridiche si è potuto decidere così, perché secondo me è sbagliato, lo ho preannunciato che faremo analisi per vedere se questo modo è giusto o meno e faremo anche ricorso se è il caso, a questo punto però, nel momento in cui la relazione è stata letta, si sono aperte le discussioni e quindi è giusto che si proseguano. Quindi nella illogicità che mi accomuna nella logica ai concetti espressi dai colleghi che mi hanno preceduto e quindi entrando nella perversa illogicità del vostro modo di procedere, a questo punto non posso far altro che essere favorevole che si continui, perché non si può pretendere di fare un atto d'accusa nei confronti di qualcuno, che sicuramente se lo meriterà pure, ma senza che questo qualcuno abbia nello stesso tempo la possibilità di esprimere le sue opinioni, perché questo mi sembra davvero un modo assolutamente aberrante di procedere nei lavori.

A questo punto, benché contrario dall'inizio della seduta, non posso far altro che prendere atto di un modo sbagliato di procedere da parte vostra, ma in questo sbaglio non si può che procedere nel modo previsto dal collega della S.V.P.

PRÄSIDENT: Vizepräsident Atz, dafür.

ATZ: Danke, Herr Präsident. Ich werde ganz kurz sein, mich aber dafür aussprechen. Schauen Sie, heute um 13.00 Uhr hat es hier in diesem Hause eine Pressekonferenz gegeben. Und wenn ich das richtig gesehen habe, haben die Kommissionsmitglieder über zwei Stunden Gelegenheit gehabt, diesen Bericht zu erläutern. Ich glaube einfach nicht, dass es hier in diesem hohen Hause Kollegen gibt, die es als nicht korrekt sehen würden, dass auch die Ausschussmitglieder und die Betroffenen das Recht haben, dazu Stellung zu nehmen. Ich kann mir das einfach nicht vorstellen, dass man in einer

Pressekonferenz seitens einer regionalen Kommission nur eine Anklage macht und dass man den „Angeklagten“ keine Chance gibt, dazu Stellung zu nehmen.

Deshalb bitte ich Sie wirklich dafür zu sorgen, dass wir auch unseren Teil zu sagen haben.

PRÄSIDENT: Danke! Jetzt geht es um die Abstimmung. Der Antrag des Abg. Dencolò lautet: Wir machen jetzt sofort die Diskussion über den Bericht von Dr. Lo Sciuto, auch wenn der Bericht der Kommission Moskau heute noch nicht vorliegen kann. Wer dafür ist, dass wir sofort über den Bericht Lo Sciuto und anschließend auch die Abstimmung beginnen, möge die Hand erheben.

...dann verteilen wir die Stimmzettel. Wer für den Antrag des Abg. Denicolò ist, also die Diskussion und Abstimmung über den Bericht der Kommission Budapest, möge Ja schreiben. Wer die Diskussion und die Abstimmung heute nicht machen möchte, stimmt mit Nein.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Ich bitte um den Namensaufruf.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich teile das Ergebnis mit:

| | |
|---------------------|----|
| Abstimmende: | 53 |
| Jastimmen: | 22 |
| Gegenstimmen: | 25 |
| Weißer Stimmzettel: | 6 |

Damit ist der Antrag des Abg. Denicolò nicht angenommen worden. Die Diskussion über den Bericht von Dr. Lo Sciuto findet also nicht jetzt statt.

PRÄSIDENT: Die nächste Abstimmung ist, über den Antrag von Dr. Taverna zur Verlängerung abzustimmen. Der Antrag lautet: Der Präsident des Regionalrates erhält den Auftrag eine Verlängerung des Termins für die Kommission Moskau in Absprache mit der Kommission, dem Präsidenten festzulegen.

Ich sage persönlich informativ dazu, dass ich versuchen werde, den Termin in Absprache mit der Kommission so anzusetzen, dass wir bei der nächsten Sitzung am 19. den Bericht vorliegen haben.

Der Antrag lautet also: Der Regionalrat gewährt einer Verlängerung des Termins für den Abschluss der Arbeiten der Kommission Moskau. Die Verlängerung des Termins wird vom Präsidenten des Regionalrates in Absprache mit dem Präsidenten der Kommission Moskau festgelegt.

Sind Wortmeldungen dazu?

DENICOLO': Zum Fortgang der Arbeiten, Herr Präsident. Ist das jetzt ein Antrag zu dem zwei dafür und zwei dagegen sprechen können?

Dann bin ich einer von den zweien, die dagegen sind und zwar aus einem ganz einfachen Grund: aus dem Grund, dass ich dafür war, diesen Kommissionsbericht zu diskutieren und abzuschließen, weil er bereits öffentlich

ist, weil er vorgestellt worden ist, weil er ein ganz bestimmtes Ereignis im Blickfeld hat und nicht verwechselt und gemischt werden darf mit Moskau z.B. und auch aufgrund der Tatsache, dass es auch für die Kommission Lo Sciuto klar war, dass der 31. Jänner zu gelten hatte und dieser 31. Jänner hat bis heute zu Mittag für die Kommission gegolten. Sie hatten keine anderen Informationen über Verlängerungen oder so. Deshalb bin ich gegen eine Verlängerung dieser Kommissionsarbeit. Die Kommission soll ihren Bericht so vorlegen, wie sie ihn zur Zeit verantworten kann.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort?

Abg. Valduga.

VALDUGA: Parlo a favore della proposta per la proroga. Brevissimamente Presidente, credo sia nell'interesse di tutti noi che la commissione possa portare a termine i propri lavori, con la dovuta serenità e con i tempi necessari per accertare le verità, questo non solo in relazione alle responsabilità oggettive delle singole persone chiamate in causa, ma soprattutto per ristabilire un clima di verità anche nei confronti dell'opinione pubblica e per ridare un minimo di credibilità alle istituzioni, perché anche nel momento in cui si dovesse andare ad accertare comportamenti scorretti, avere il coraggio di assumersi le proprie responsabilità di fronte all'opinione pubblica significa una ripresa del dialogo con l'opinione pubblica stessa.

Altrimenti qua tutti giochiamo a nascondino e la maggioranza in maniera particolare, cosa del resto vergognosa e lo sta facendo da tre anni a questa parte ed in questo momento ancora una volta si nega, di fronte ad un'indagine che non è volta aprioristicamente, immaginare che vi siano colpe, ma semplicemente ad accertare come sono andati i fatti, come sono successe le cose. Quindi mi stupisce molto che il capogruppo della S.V.P. si rifiuti di dare tempi alla commissione, perché siano spesi per l'accertamento della verità, nel rispetto delle persone, nel rispetto delle istituzioni.

Avrei desiderato che da parte del partito di maggioranza ci fosse una forte apertura rispetto alla chiarezza e rispetto all'assunzione delle responsabilità.

PRÄSIDENT: Es sind keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir darüber ab. Der Antrag - ich wiederhole ihn nochmals – lautet: Dr. Taverna stellt den Antrag für die Verlängerung des Termins für die Arbeiten in der Kommission Moskau. Die Verlängerung des Termins wird vom Präsidenten des Regionalrates in Absprache mit dem Präsidenten der Kommission Moskau festgelegt. Aber die Festlegung treffe ich in Absprache mit ihm.

Wer für diesen Antrag ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 12 Neinstimmen und 2 Enthaltungen ist der Antrag genehmigt.

PRÄSIDENT: Dann kommen wir jetzt zum Tagesordnungsantrag Nr. 2: **Neuwahl des Präsidenten der Region – gemäß Art. 39 des Sonderstatuts.**

Sind Vorschläge dazu? Keine Vorschläge.

Abg. Molinari, bitte.

MOLINARI: Signor Presidente, colleghe e colleghi consiglieri, è evidente che c'è un'attesa notevole per il reintegro di uno degli organi principali della nostra istituzione regionale e pur tuttavia, come è stato ampiamente ricordato nell'ambito della stessa aula, durante questa sessione di lavoro, non si dà la circostanza per la quale la maggioranza che ha espresso nella precedente parte della legislatura un Presidente nella persona della collega Cogo, sia in grado di venire all'aula con un nuovo nome. Sono in corso delle trattative, come si addice ad un sistema proporzionale quale l'attuale, fra le forze politiche della maggioranza uscente, per cercare di proporre, entro la sessione di metà mese, al Consiglio regionale il nome del Presidente.

Per questo credo di poter chiedere un rinvio del punto all'ordine del giorno.

PRÄSIDENT: Cons. Molinari, solamente per chiarire il punto, un rinvio vuol dire fino al 19?

MOLINARI: Certo.

PRÄSIDENT: Va bene. Cons. Boso, ne ha facoltà.

BOSO: Presidente, mi sembra molto strano che il collega Molinari ed il sinistra-centro che ha governato la Regione, non abbia la persona idonea da presentare alla Presidenza della Giunta regionale. Ho sempre dichiarato il mio voto a favore alla persona, alla parte politica, al soggetto politico più meritevole, che è la collega Wanda Chiodi. Come consigliere e come capogruppo della Lega Nord, chiedo con onestà, per la sua trasparenza politica, per la sua onestà intellettuale politica, per il suo trascorso di soggetto attivo, anche se contrario alle mie visioni generali politiche, però in questo momento penso che la persona più meritevole di sedere sulla sedia più alta della Regione, come Presidente della Giunta regionale, sia la collega Wanda Chiodi.

In questo momento dichiaro, qualora fosse lei la candidata e mi dispiace, il gioco delle tre carte della margherita come fiore e anche del crisantemo di montagna, così chiamata la margherita, che non abbiano voluto lanciare il messaggio di questa persona, che lo merita perché dovrebbe uscire in gloria, perché il suo partito non le permetterà la quarta candidatura, però una persona retta, trasparente, coraggiosa e onesta come la collega Chiodi merita e questa sera doveva essere meritevole la sua candidatura alla Presidenza della Giunta regionale. Qui ci sono delle persone che per diatribe interne alla componente politica non hanno voluto fare questo nome. Se la Cogo è stata la parte negativa femminile nella gestione politica regionale, penso che la collega Chiodi sia invece la parte attiva, propulsiva, innovativa della gestione della Regione, per cui su Wanda Chiodi ci sarà a disposizione anche il mio voto. Grazie Presidente Pahl.

PRÄSIDENT: Abg. Boso, lei ha parlato di una persona, però non era una proposta formale. Era una proposta o no?

BOSO: Certo che la propongo, ma sta scherzando! Ho proposto la collega Wanda Chiodi e chiedo sia messa ai voti la Presidenza della collega Wanda Chiodi. Stiamo scherzando Presidente Pahl! Io ho proposto la collega Wanda Chiodi e chiedo sia messo ai voti il nome della collega Wanda Chiodi.

Pensate che sia venuto qua a fare la "boutade", Presidente Pahl! Chiedo sia messo in votazione il nome della collega Wanda Chiodi a Presidente della Giunta regionale.

PRÄSIDENT: Abg. Boso, wenn ich eine Frage zum Verständnis stelle, dann ist mir das schon erlaubt.

Cons. Pinter, ne ha facoltà.

PINTER: Mi scusi Presidente, come abbiamo fatto tutto il pomeriggio, la richiesta di rinvio è preliminare, quindi due a favore e due contro e si deve votare, non è che possa essere modificata nella sua formulazione. Una proposta di rinvio di un punto all'ordine del giorno ha la precedenza sulla discussione.

PRÄSIDENT: Die Bemerkung trifft zu. Es können also insgesamt zwei dafür und zwei dagegen sprechen. Eine Person hat bereits dafür gesprochen.

Sind Wortmeldungen noch zum Antrag? Dann stimmen wir über den Antrag des Abg. Molinari ab: Vertagung des Punktes Nr. 2 bis zum 19. Februar. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Neinstimmen und 2 Enthaltungen ist der Antrag um Vertagung auf den 19. Februar angenommen.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung: **Kenntnisnahme des gemäß Art. 39 des Sonderstatuts eingereichten Rücktritts der Regionalassessoren Roland Atz, Tarcisio Grandi, Richard Theiner, Alessandra Zendron, Gino Fontana und Caterina Dominici und nachfolgende Maßnahmen.**

Sind Wortmeldungen dazu?

Abg. Denicolò, bitte.

DENICOLO': Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon in der Fraktionssprechersitzung Gelegenheit gehabt, meine Meinung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten vorzutragen und ich wiederhole meine Auffassung: ich bin überzeugt, dass die Wahl eines Präsidenten eine erklärte und sichtbare politische Mehrheit braucht. Diese Mehrheit ist noch nicht in der Lage, diesen Präsidenten oder diese Präsidentin zur Wahl zu empfehlen. Und weil diese Präsidentenwahl auch mit der Bestätigung oder mit der Veränderung des Regionalausschusses zusammenhängt und die Diskussionen darüber noch nicht soweit gediehen sind – auch weil bestimmte Wertungen noch nicht gemacht werden konnten – stelle ich den Antrag, auch diesen Tagesordnungspunkt bis zum 19. Februar zu vertagen.

PRÄSIDENT: Ich mache auf Folgendes aufmerksam: erstens können für den Antrag, wie üblich, zwei dafür und zwei dagegen sprechen. Ich mache trotzdem auf etwas aufmerksam: Der Regionalrat hat beim Punkt 1 den Punkt vertagt, weil er gesagt hat, wir können nicht bloß einen Bericht diskutieren, sondern nur beide. Das gleiche Prinzip gilt jetzt auch für den Punkt 3, d.h. der Punkt 3 wird entweder als ganzer behandelt oder überhaupt nicht. Jetzt gilt das natürlich auch für diesen Punkt. Es kann nicht der Rücktritt angenommen und dann der Ausschuss nicht gewählt werden, sondern es müssen nach dem Rücktritt die Personen, die zurückgetreten sind, sofort wieder ersetzt werden. Also der Regionalrat hat sich heute mit breiter Mehrheit dafür entschieden, dass ein Punkt nicht geteilt werden kann.

Wer spricht sich dafür oder dagegen aus?
Abg. Pöder hat sich zu Wort gemeldet.

PÖDER: Herr Präsident, ich bin dagegen, dass dieser Punkt vertagt wird. Um es ganz kurz zu sagen und um inhaltlich nicht in eine Diskussion einzugreifen, die wir ja heute nicht führen, bin ich dagegen, dass dieser Punkt vertagt wird, weil ich sehr wohl der Meinung bin, dass wir den Rücktritt des Ausschusses annehmen müssen. Ich persönlich bin zur Ansicht gelangt, dass dieser Ausschuss sehr viele politische und juristische Verfehlungen begangen hat und dass er nicht länger im Amt gelassen werden kann.

PRÄSIDENT: Danke!

Ha chiesto la parola il cons. Seppi. Ne ha facoltà.

SEPPI: Presidente, se l'ordine dei lavori fosse stato capovolto ed avesse seguito un nesso logico e quindi il punto n. 3 dell'ordine del giorno fosse stato al punto n. 2 e viceversa, avremmo potuto pensare che i punti sono collegati, ma ha ragione assolutamente il cons. Pöder, secondo me bisogna che questa Giunta venga posta nelle condizioni di non nuocere più, per cui, per quanto mi riguarda, votiamo le dimissioni della Giunta.

Quindi il punto all'ordine del giorno n. 3 rimane in discussione, questa è la proposta.

PRÄSIDENT: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Dann stimmen wir ab. Der Antrag des Abg. Denicolò lautet: Vertagung von Punkt 3 bis zum 19. Februar. Wer für die Vertagung ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 15 Neinstimmen und 3 Enthaltungen ist der Antrag genehmigt.
Damit findet die nächste Sitzung am 19. Februar statt.
Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 19.29)

INDICE

DISCUSSIONE CONGIUNTA e presa d'atto con votazione delle relazioni delle Commissioni d'inchiesta, istituite con decreti del Presidente del Consiglio regionale n. 430 e n. 431/2001

pag. 1

ELEZIONE DEL PRESIDENTE DELLA REGIONE – ai sensi dell'art. 39 dello Statuto d'autonomia

pag. 38

PRESA D'ATTO DELLE DIMISSIONI DEGLI ASSESSORI DELLA GIUNTA REGIONALE Roland Atz, Tarcisio Grandi, Richard Theiner, Alessandra Zendron, Gino Fontana e Caterina Dominici – ai sensi dell'art. 39 dello Statuto d'autonomia – e provvedimenti conseguenti

pag. 40

INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE

pag. 42

INHALTSANGABE

VEREINHEITLICHE DEBATTE und Kenntnisnahme mit Abstimmung **ÜBER DIE ABSCHLUSSBERICHTE**, die die mit Dekret des Präsidenten des Regionalrats Nr. 430 und Nr. 431/2001 eingesetzten Untersuchungskommissionen verfasst haben

Seite 1

NEUWAHL DES PRÄSIDENTEN DER REGION – gemäß Art. 39 des Autonomiestatuts

Seite 38

KENNTNISNAHME DES GEMÄß ART. 39 DES SONDERSTATUTS **EINGEREICHTEN RÜCKTRITTS DER REGIONALASSESSOREN** Roland Atz, Tarcisio Grandi, Richard Theiner, Alessandra Zendron, Gino Fontana und Caterina Dominici und nachfolgende Maßnahmen

Seite 40

ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN

Seite 42

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

| | | |
|--|------|------------------|
| SEPPI Donato (GRUPPO MISTO UNITALIA - MOVIMENTO SOCIALE - FIAMMA TRICOLORE) | pag. | 3-13-36-41 |
| PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL) | " | 4-13-33-34-41 |
| MORANDINI Pino (IL CENTRO) | " | 5-16 |
| PINTER Roberto (DEMOCRATICI DI SINISTRA DEL TRENINO PER L'ULIVO - PROGETTO CENTRO SINISTRA) | " | 6-40 |
| BOSO Erminio Enzo (LEGA NORD TRENINO - PADANIA) | " | 7-39-40 |
| DENICOLO' Herbert Georg (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.) | " | 8-17-33-34-37-40 |
| KURY Cristina Anna (VERDI - GRÜNE - VÈRC) | " | 9 |
| DIVINA Sergio (LEGA NORD TRENINO - PADANIA) | " | 10 |
| LEITNER Pius (LADINS - FREIHEITLICHEN) | " | 10 |
| VALDUGA Guglielmo (IL CENTRO) | " | 11-12-38 |
| MOLINARI Claudio (CIVICA - MARGHERITA) | " | 12-39 |
| MOSCONI Flavio (FORZA ITALIA) | " | 14 |
| TAVERNA Claudio (ALLEANZA NAZIONALE) | " | 15-30 |
| LO SCIUTO Antonino (FORZA ITALIA LISTA CIVICA CCD) | " | 17 |
| KLOTZ Eva (UNION FÜR SÜDTIROL) | " | 27 |

| | | |
|---|---|-------|
| COGO Margherita (DEMOCRATICI DI SINISTRA DEL TRENINO PER L'ULIVO - PROGETTO CENTRO SINISTRA) | " | 28 |
| PEREGO Maurizio (FORZA ITALIA) | " | 32-35 |
| ATZ Roland (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.) | " | 36 |